

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend — Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5 — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 40

Berlin, den 3. Oktober 1931

6. Jahrgang

Die englische Währungskrise und ihre Auswirkungen

Der Bazillus der Vertrauenskrise, der sich zuerst in Mitteleuropa eingenistet und dort schwerste Kreditkrisen hervorgerufen hat, hat nun auch England ergriffen und ist damit zur entscheidenden Weltwirtschaftskrankheit geworden. Der Weg, den diese Krankheit genommen hat, ist bekannt. Seit Jahren schon leidet Mitteleuropa, speziell Deutschland, unter einem unheilvollen Vertrauensschwind. Seit Anfang des Jahres 1929 begann der Zustrom des ausländischen Kapitals nach Deutschland zu stocken, seit den Septemberwahlen wurde auch das ausländische Kapital, das bereits in Deutschland angelegt war, angestrichelt, und es begann der allmähliche Rückzug von kurzfristigen Auslandskrediten. Die Vertrauenskrise sprang in dem Augenblick auf Österreich über, als dort die größte wirtschaftsbeherrschende Bank in Schwierigkeiten geriet, und von Österreich pflanzte sie die Vertrauenskrise mit verschärfter Wucht nach Deutschland fort, bis sie in der Zahlungsstille vom 13. Juli und im Moratorium für die kurzfristigen Auslandskredite ihren Gipfelpunkt erreichte.

Aber die Kreditkrise blieb nicht auf Mitteleuropa beschränkt. Eine Kreditkrise trifft ja niemals bloß die Schuldner, sondern immer auch die Gläubiger. Und sie trifft sie um so schwerer, als angeht die Kreditverflechtungen in der kapitalistischen Wirtschaft die Gläubiger ihrerseits Schuldner anderer Gläubiger sind. Die 7 Milliarden kurzfristigen Auslandskredite, die jetzt noch in Deutschland stehen und für die die Stillhaltevereinbarung zum allergrößten Teil gilt, sind der deutschen Wirtschaft von Banken der verschiedensten Länder zur Verfügung gestellt worden. Mehr als die Hälfte dieser Kredite stammen aber aus den Vereinigten Staaten und England. Allein der englische Anteil an den deutschen Krediten wird auf mehr als 20 Prozent geschätzt. Nun sind aber alle deutschen Gläubiger untereinander verschuldet. Und auch diese Verschuldung ist zum Teil einseitig: England ist viel stärker an Frankreich und Amerika kurzfristig verschuldet als diese Länder an England. Insgesamt betragen die kurzfristigen Auslandskredite Englands vor dem Ausbruch der englischen Kreditkrise ungefähr 10 bis 11 Milliarden Reichsmark, denen freilich große kurzfristige Forderungen an andere Länder gegenüberstehen. Aber die österreichische und die deutsche Kreditkrise machte einen großen Teil der kurzfristigen Forderungen Englands illiquid und schuf für seine Forderungen an andere Länder die Gefahr, daß auch sie aus ähnlichen Gründen einseitiger könnten.

Es ist schon aus diesen Gründen verständlich, warum die Gläubiger Englands mißtrauisch wurden und ihre Kredite aus England zurückzuziehen begannen. Es kamen aber noch andere nicht minder schwerwiegende Gründe hinzu. Die englische Zahlungsbilanz ist schon seit langem in ungünstiger Lage. Die Wirtschaftskrise wütet bekanntlich in England nicht weniger stark als in Deutschland. Aber ihre Rückwirkungen auf die Handelsbilanz sind in England ganz andere als in Deutschland. In Deutschland hat die Wirtschaftskrise eine radikale Umkehr der Handelsbilanz zur Folge gehabt: An die Stelle des Einfuhrüberschusses trat ein Ausfuhrüberschuß, der von einem Jahr zum anderen anwuchs. In England ist trotz der Krise der Einfuhrüberschuß nicht nur bestehengeblieben, sondern sogar noch etwas gewachsen. Vom Jahre 1929 bis zum Jahre 1930 stieg der Ueberschuß der Wareneinfuhr über die Warenausfuhr von 7789 auf 7899 Millionen Reichsmark, obwohl das ganze Außenhandelsvolumen in der gleichen Zeit von 37,6 Milliarden Reichsmark auf 31,2 Milliarden Reichsmark sank. Derselbe ungünstige Entwicklungslauf läßt sich auch noch für den bisherigen Verlauf des Jahres 1931 feststellen.

Nun war England früher imstande, seinen Einfuhrüberschuß durch Einnahmen aus seinem Schiffsverkehr und durch die Erträge seines im Ausland angelegten Kapitals zu bezahlen. Aber die Einnahmen aus dem Schiffsverkehr sind natürlich infolge der Krise stark gesunken, und die Erträge aus dem draußen angelegten Kapital sind ebenfalls sehr stark zurückgegangen, erstens weil auch in England die Kapitalisten mehr und mehr dazu übergehen, diese Erträge „draußen stehen zu lassen“, wie es uns von Deutschland her bekannt ist, zweitens weil eine Reihe von Anleihen, die England anderen Ländern gewährt hat, notleidend geworden ist.

So wurde es für England immer schwerer, seine Zahlungsbilanz auszugleichen, und es hatte oft große Mühe, das Pfund ohne größere Goldabgaben im Gleichgewicht zu erhalten. Jedenfalls war es für die wachsenden Schwierigkeiten Englands sehr bezeichnend, daß die Bank von England dauernd Mühe hatte, ihren Goldbestand auf der Höhe zu halten, die als die untere Grenze für den Regelfall gilt (3 Milliarden Reichsmark), während die Goldbestände Frankreichs und Amerikas gleichzeitig ins Gigantische anwuchsen.

Verlauf und Wirkung der Zurückziehung von Auslandskrediten aus England wiesen eine gewisse Regelmäßigkeit mit den Vorgängen in Deutschland auf. Zuerst versuchte England, die Kreditrückziehungen durch Diskonterhöhungen zu bekämpfen. Der Diskont der Bank von England wurde im August von 2% auf 4% erhöht, genau so wie er in Deutschland im Juni von 5 auf 7 Prozent heraufgesetzt worden war. Gleichzeitig glückte es der Bank von England, einen Mediskontredit von Frankreich und den Vereinigten Staaten in der Höhe von 1 Milliarde Reichsmark zu erhalten, während die Reichsbank am Vorabend der deutschen Krise zwei Auslandskredite in der Gesamthöhe von 625 Millionen Reichsmark erhalten hatte. Aber in beiden Fällen erwiesen sich diese Maßnahmen als unzureichend. Die Welle des Mißtrauens ging über sie hinweg. England mußte sich um neue Kredite bemühen. Die Geldgeber versuchten — wenn es auch offiziell bestritten wird — einen politischen Druck auf Senkung der sozialen Ausgaben der Arbeiterregierung auszuüben. Die Arbeiterregierung kam darüber und vielleicht auch infolge innerer Gegenkräfte zu Fall. Der Kredit wurde

der neuen Regierung, wieder von Frankreich und den Vereinigten Staaten, in der gewaltigen Höhe von 1600 Millionen Reichsmark gewährt. Aber nachdem im Zusammenhang mit dem Sturz der Arbeiterregierung — zum großen Teil also infolge dieser Kreditinlagen — die politische Unruhe gewachsen war, blieb selbst der neue Kredit nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Beide Kredite wurden von den Kreditrückziehungen verschlungen, die während dieser wenigen Wochen die Höhe von 4 Milliarden Reichsmark erreichten. Und nachdem die Bank von England inzwischen auch noch 400 Millionen Reichsmark in Gold abgegeben hatte, wurde die Goldlösung suspendiert.

In diesem letzten Punkt unterscheidet sich der Verlauf der englischen Kreditkrise von dem der deutschen. Während Deutschland dauernd an der Goldwahrung festhielt und nur vorübergehende Zahlungshilfen im Innern in Kauf nahm, sich aber mit den ausländischen Gläubigern über ein Moratorium einigte, ließ man in England den Währungskurs sinken. Man richtete zwar in England auch eine Devisenbewirtschaftung ein, ließ aber die äußeren Schulden unangefastet. Andererseits sanken aber natürlich durch den Sturz des Pfundes diese äußeren Schulden zum allergrößten Teil, und zwar deshalb, weil der größte Teil der Schulden aus Pfund lautet. Die Gläubiger Englands brauchen also — vorläufig wenigstens — nicht stillzuhalten, bekommen aber nur einen Teil ihrer Forderungen zurückgezahlt.

Man wird die Frage stellen, warum England diesen eigenartigen Weg ging, der uns in Deutschland nach den bitteren Inflationserfahrungen unverständlich ist und auch in der übrigen Welt die größte Ueberraschung und Verwirrung hervorgerufen hat. Die Antwort wird durch die Geschichte der englischen Währung in der Nachkriegszeit gegeben. Zum Unterschied von Deutschland war die Stabilisierung des Pfundes in England von Anfang an aufs heftigste umkämpft, im wesentlichen deshalb, weil man in England am Ende der Inflation das Pfund nicht einfach auf dem Punkt, den es erreicht hatte, stabilisierte, wie in Deutschland, sondern seinen Kurs künstlich wieder auf die ursprüngliche Höhe hinauftrieb. Man nahm also an Stelle einer Abwertung eine Aufwertung, und zwar um mehr als 12 Prozent, vor, die natürlich mit einem entsprechenden Druck auf die Preise und einer Erhöhung der Schuldenlasten verbunden war. Dieser Vorgang ist es, den man zum Unterschied vom heute vielfach üblichen Sprachgebrauch des Wortes Deflation als echte Deflation bezeichnen kann.

Dieser Deflationsprozeß wirkte sich überaus ungünstig auf die englische Wirtschaft aus. Besonders drückend wurde auch die Herabsetzung der Schuldenlasten für den englischen Staat fühlbar. Betragen doch die laufenden Schuldverpflichtungen im Staatshaushalt bloß für die konsolidierte innere Schuld mehr als 7 Millionen Reichsmark. Aus diesen Gründen hat auch die Arbeiterpartei stets gegen die Maßnahmen

der Währungsstabilisierung protestiert, und so ist es auch zu verstehen, daß der Gewerkschaftskongreß, der knapp nach dem Sturz der Arbeiterregierung in Bristol stattfand, die Devaluation des Pfundes verlangte, also die Rückgängigmachung der Aufwertung, die man im Jahre 1925 vorgenommen hatte.

Ob man aber mit einer solchen Devaluation, wie sie jetzt faktisch durch den Sturz des Pfundes vollzogen wurde, nicht den Teufel mit Besenbesen austreibt, ist eine andere Frage. Das Sinken des Pfundes hat zwar vorübergehend für die englische Industrie die scheinbar vorteilhafte Wirkung, daß es den Export erleichtert und den Import der ausländischen Konkurrenzwaren erschwert. Die englischen Waren sind in der Welt sozusagen mit einem Schlag um 25 bis 30 Prozent billiger geworden, und auf die ganze Einfuhr wurde gleichsam ein Zoll in der gleichen Höhe gelegt. Aber diese vorübergehenden Vorteile werden mit schweren, dauernden Nachteilen erkauft werden müssen, falls nicht bald eine endgültige Lösung der Währungsfrage gefunden wird. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß diese Vorteile, wie erwähnt, nur vorübergehender Natur sind, denn allmählich wird sich das englische Warenpreisniveau auf die neuen Valutaverhältnisse einstellen müssen. Dann werden also Ausfuhrerleichterung und Einfuhrerschwerung wieder aufhören. Andererseits fehlt aber England vor der Gefahr, daß seine Rolle als Weltbankier endgültig aufgespielt ist. Auch seine Bedeutung als Welt-handels- und Wirtschaftshandelsland ist gefährdet. Das Wichtigste ist aber, daß die englischen Arbeiter die Senkung des Pfundes nicht wahrheitsgemäß mit einer Senkung des Reallohnes in Gestalt von Preiserhöhungen werden erkauft müssen. Und schließlich werden alle weltwirtschaftlichen Waren- und Kapitalbeziehungen so vollständig außer Rand und Band geraten, daß England, das auf den Außenhandel stärker angewiesen ist als jedes andere Land, davon auf die Dauer am schwersten getroffen werden muß.

Natürlich werden auch die Rückwirkungen der englischen Währungsstille auf die Weltwirtschaft und nicht zuletzt auf die deutsche Wirtschaft verhängnisvoll sein. Besonders die deutsche Wirtschaft wird den englischen Schulden und die englische Ausfuhrprämie schwer zu spüren bekommen, und das weitere Fortschreiten der Perzitation auf dem Weltkreditmarkt muß die ganze Weltwirtschaft noch mehr in Unordnung bringen. Alle Völker haben daher das stärkste Interesse daran, daß endlich Vernunft und Vernunft in der Weltwirtschaft einkehren. Diese irreführende Krise, die durch die Vorgänge in Deutschland und England für die ganze Weltwirtschaft aufs äußerste verschärft wurde, kann nur überwunden werden, wenn endlich an die Stelle der Rüstungen, der Handelskämpfe und des Mißtrauens der Völker gegeneinander die Wege der Verständigung, der Abrüstung und des Vertrauens beschritten werden.

Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts

II.

Nachdem es den Gewerkschaften weitestgehend gelungen ist, bei der Durchführung von Arbeitskämpfen und bei den Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unerlaubte Handlungen von Seiten der Arbeiter fast ausnahmslos zu unterbinden, hat die Reichsregierung, ohne daß dies durch den Artikel 48 der Reichsverfassung jemals zu begründen wäre, vorhandene Verträge zerschlagen und damit die für die gesunde Entwicklung jedes Staates unerlässliche Anerkennung der Vertragstreue mindestens im Verhältnis von Arbeitgebern zu Arbeitnehmern auf unabsehbare Zeit erschüttert. Nur eine schleunige Zurücknahme der betreffenden Bestimmungen in den Notverordnungen durch die Reichsregierung wäre in der Lage, wenigstens einigermaßen den bereits angerichteten Schaden wieder gutzumachen.

Die Gewerkschaften haben das Schlichtungsweesen stets als eine staatspolitische Aufgabe anerkannt. Jeder Staat muß, um die Interessen aller Staatsbürger wahrzunehmen, Machtmittel haben, diese Aufgaben durchzuführen. Diese Machtmittel können im allgemeinen polizeilicher oder strafrechtlicher Art sein. Im Bereich des kollektiven Arbeitsrechts ist das dem Sinn dieser Aufgabe des Staates entsprechende Mittel die Schlichtung. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß das Schlichtungsweesen schon seit Jahren diese Aufgabe nicht erfüllt. Der Staat hat dieses Mittel nicht angewendet, um sozial schwachen Schichten beizustehen, sondern in erster Linie, um durch Lohnabbau in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründete Schwierigkeiten des Unternehmertums zu beseitigen oder zu mildern. Mit einem so wirksam werdenden Schlichtungsweesen fühlen sich die Gewerkschaften innerlich keineswegs verbunden. Deswegen verfallen sie aber nicht der Illusion, durch die Forderung der Beilegung des Schlichtungsweesens allein diesen Zustand ändern zu können, denn der Staat würde sich dann eben anderer, mit dem kollektiven Arbeitsrecht vollkommen im Widerspruch stehender Mittel bedienen, um, wenn seine gegenwärtige Einstellung sich nicht wandelt, gegen die Arbeiterklasse seinen Willen durchzusetzen. Grundgedanke der Gewerkschaften ist außerdem nach wie vor in erster Linie, den Abschluß freier Tarifverträge herbeizuführen. Die Gewerkschaften lehnen auch ab, daß etwa das Schlichtungsweesen gewissermaßen automatisch oder bürokratisch eingreift, um die Löhne zu regeln. Bis zur Durchführung der Voraussetzungen für den Abschluß freier Tarifverträge kann in Einzelfällen durchaus ein tarifloser Zustand einem schematischen Eingreifen des Schlichtungsweesens vorzuziehen sein. Denn das Schlichtungsweesen muß für die laufende Lohnregelung ein Hilfsmittel bleiben, es darf nicht ausschließlich Instrument der Lohnfestsetzung werden. Eine solche Handhabung würde sich von der staatlichen Lohnfestsetzung nicht mehr unterscheiden. Staatliche Lohnfestsetzung als Regel ist für die Gewerkschaften abzulehnen. Sie treten ein für das

kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften wollen selbständige Träger der Lohnvereinbarung sein und bleiben. Die Anerkennung des kollektiven Arbeitsrechts erfordert seine Ausdehnung auf die gesamte Arbeitnehmerschaft und damit natürlich auch auf die Lehrlinge. Gegenwärtig ist in der Rechtsprechung der Lehrvertrag als Arbeitsvertrag allgemein anerkannt. Der Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes will diese Tatsache wieder beseitigen. Es soll den Gewerkschaften nicht mehr möglich sein, den materiellen Teil des Lehrvertrages in Tarifverträgen zu regeln. Würde dieser Entwurf Gesetz, dann würde den Gewerkschaften die selbständige Sorge für die Regelung der Arbeitsbedingungen des Nachwuchses der Arbeiterklasse insofern genommen werden. Lebensnotwendige Interessen der Arbeiterklasse stehen einer solchen Regelung entgegen. Die Lehrlinge sind und bleiben auch nach der Lehrzeit Angehörige der Arbeiterklasse, die sie in ihrem Geiste erziehen muß. Sie sind nicht Angehörige des Handwerks, dessen Einwand, daß die Betreuung der Lehrlinge seine Sorge sei, nicht stichhaltig ist.

Das 9. Schuljahr gewinnt in diesem Zusammenhang erhöhte Bedeutung. Die Gewerkschaften erziehen die Einführung eines 9. Schuljahres, das neben gewerblicher und staatsbürgerlicher Allgemeinbildung auch der Ausbildung in allgemein handwerksmäßigen Fertigkeiten dienen muß.

Die Gewerkschaften fordern die Einführung der 40-Stunden-Woche auf Grund der gegenwärtigen Entwicklung von Technik und Produktion, aber auch aus kulturellen Gründen.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Urlaub von jährlich 14 Tagen für alle Arbeitnehmer ist gleichermaßen begründet. Die Sicherung eines gesetzlichen vierzehntägigen Urlaubs ist durch die Einschränkung der Mitwirkung der Gewerkschaften zu gewährleisten.

Das Betriebsrätegesetz hat sich in seinem mehr als zehnjährigen Bestehen nicht nur für die Arbeiterklasse allein, sondern auch im Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Belegschaften, somit im Interesse der Wirtschaft und damit im Interesse der Allgemeinheit, als unentbehrlich erwiesen. Der gesetzliche Schutz vor Behinderung der Tätigkeit der Betriebsräte und vor Maßnahmen von Belegschaftsangehörigen und Betriebsräten bei der Durchführung des Betriebsrätegesetzes ist gewiß nicht ausreichend. Eine Reihe von Anträgen, diese Lücken auszufüllen, liegt vor. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, dafür zu sorgen, daß diese Anträge baldigt Gesetzeskraft erlangen.

Unter lebhaftem Beifall des Kongresses sprach Körpel den Betriebsräten volle Anerkennung aus, die, obwohl gespalten in verschiedene politische Richtungen, stets mutig, entschieden und erfolgreich die Interessen ihrer Kollegen wahrgenommen haben und die Jahre hindurch.



Lohnbewegung in der Rheinischen Glashütte A.-G., Köln-Ehrenfeld

Das zwischen der Rheinischen Glashütte und dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer und bestehende Lohnabkommen hatte die Firma zum 31. August 1931 gekündigt und gleichzeitig in der ersten Verhandlung einen neuen Lohnvertrag vorgelegt. Der neue Vertrag sollte die Lohn- und Arbeitsbedingungen um 25 Proz. verschlechtern. Die starke Konkurrenz der übrigen Weichholzglasfabriken zwingt die Firma, um sich auf dem Markt behaupten zu können, eine tiefstehende Senkung der Löhne vorzunehmen. Der Mindestlohn für Vollglasmacher auf Hohlglas und verwärmten Pressgläser, der im alten Vertrage mit 120 RM festgesetzt war, sollte auf 90 RM herabgesetzt werden. Auch für die Schleifer sollten ähnliche Lohnminderungen eintreten, und auch für die angelernten und unangelernten Arbeiter sollte ein Abzug von 25 Proz. ab 1. September 1931 in Kraft treten.

Die Verhandlungen über diesen „wunderbaren“ Vorschlag der Firma haben zu keinem Ergebnis geführt, und man verständigte sich dann, den Schlichtungsansatz zu entscheiden zu lassen. Die dort geführten Vorverhandlungen führten ebenfalls zu keiner Verständigung, da der neue Direktor des Werkes, Herr Burger, und auch der Professor der Firma, Herr Rein, darauf bestanden, daß nur ihr Vorschlag angenommen sei, die Hälfte lebensfähig erhalten zu können. Von den Gewerkschaften haben die Kollegen Hoffmann, Döhndorf, Hertwig, Köln, und der Vorsitzende des Betriebsrates, Kuweiler, in überzeugender Weise dargelegt, daß ein solcher Abbau der Verdienste die Wettbewerbsfähigkeit nicht fördern, sondern geradezu herabsetzen müßte. Wenn Herr Direktor Burger nur Qualitätsware hergestellt wissen will, so liegt es doch klar auf der Hand, daß mit solchen niedrigen Verdiensten das Interesse der Arbeiter nicht gesteigert, sondern mit Gewalt herabgewürdigt wird. Alles Zureden half nichts, die Herren beharrten auf ihrem Standpunkt, ihr Lohnniveau durchzudrücken. Man verständigte sich dann, nochmals zwischen

den Parteien zu verhandeln. Aber auch dieser Versuch ist gescheitert, da die Firma es ablehnte, zwei Vertreter des Betriebsrates zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Die Gewerkschaften bestanden darauf, daß ohne gesetzliche Betriebsvertretung nicht verhandelt werden kann. Auch ein Vorschlag, der einzig dastand, daß man es schenkt, diejenigen zu den Verhandlungen hinzuzuziehen, die über die Betriebsverhältnisse des Werkes am besten Auskunft geben können.

Am 14. September 1931 hat sich der Kölner Schlichtungsansatz mit dem Lohnstreit beschäftigt und den nachstehenden Schiedsspruch gefällt:

Schiedsspruch

Der Lohnvertrag vom 5. Januar 1931 wird vom Beginn der kommenden Lohnwoche mit folgender Maßgabe wieder in Kraft gesetzt:

1. Die Akfordröhne (Akfordröhrenlohn) werden um 8 Proz. gesenkt. (Abrechnung wie üblich.)
2. Die Stundenlöhne werden um 5 Proz. gesenkt.
3. Dieser Vertrag faßt mit Monatsfrist, jedoch nicht vor dem 31. Januar 1932, gekündigt werden.
4. Erklärungsfrist bis Sonnabend, den 19. September 1931, mittags 12 Uhr, gegenüber dem Schlichtungsansatz.

gez.: Farnieden.

In einer Belegschaftsversammlung, die am selben Tage stattfand, wurde nach einer vierstündigen Aussprache der Schiedsspruch mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Daraus kam die Firma ersehen, wie groß die Erbitterung unter der Arbeiterchaft ist. Aber auch der Belegschaft, den Facharbeitern wie den Angelernten und Ungelernten, muß ernstlich gesagt werden, alles zu tun, um die Einheit der Arbeiterchaft innerhalb der Gewerkschaften zu fördern und aufrechtzuerhalten. Wer diesen Worten verläßt, schädigt die Arbeiterchaft und trägt mit dazu bei, den Machtwillen der Unternehmer zu stärken.

F. Hertwig.

Sitzung der internationalen Glasarbeiterexekutive

In Paris fand in den Tagen vom 10. bis 12. September eine Sitzung der Exekutive der Glasarbeiter-Internationale statt.

Als 1. Punkt behandelte die Exekutive die Verschmelzungsfrage mit der Internationale der Keramarbeiter. In dieser Frage hatte Kollege Neumann vom Verband der Glas- und Keramarbeiter (Teplitz-Schönau) das Referat übernommen. Der Kongreß in Stockholm hatte beschlossen, daß Verhandlungen mit der Internationale der Keramarbeiter einzuleiten seien, und wenn diese erfolgversprechend geführt werden, in weitere Verhandlungen mit der Internationale der Fabrikarbeiter einzutreten. Die Internationale der Keramarbeiter tagte zur gleichen Zeit in Limoges in Frankreich, und wurden die beiden Kollegen Caprasse (Belgien) und Neumann (Tschechoslowakei) nach Limoges delegiert, um dort die direkten Verhandlungen aufzunehmen. Als gemeinsame Grundfrage für die Verschmelzung sollen die Statuten der beiden Internationalen gelten, und das daraus gewonnene gemeinsame Statut soll den beiden Kongressen vorgelegt werden.

Nach Milderung der beiden Vertreter gaben diese von den Beratungen der Internationale der Keramarbeiter folgenden Bericht:

„Der Kongreß der Internationalen Federation der Keramarbeiter hat den durch die Kollegen Neumann und Caprasse überbrachten Bericht der Glasarbeiter-Internationale zur Frage der Verschmelzung entgegengenommen und längere Zeit darüber diskutiert. Der Kongreß nimmt Kenntnis von der Einladung, dankt dafür, sieht sich aber im Augenblick ungerne, im Anschluß an den Kongreß Verhandlungen zwecks Verschmelzung der beiden Internationalen aufzunehmen. Der Kongreß beauftragt den Sekretär der Internationale der Keramarbeiter, die Glasarbeiter zu bitten, einen Entwurf und Begründungen für die Bildung einer Internationalen der Glas- und Keramarbeiter zu überreichen. Den Entwurf und die dazu gegebenen Erläuterungen und Begründungen sollen dann die nationalen Verbände kennenlernen und ihre Meinung dazu sagen.“

Der Sekretär der Internationale kann auch einen Gegenentwurf ausarbeiten. Ungeachtet der Verhandlungen mit den Glasarbeitern sind nach wie vor die in Kopenhagen und in Paris gefassten Beschlüsse maßgebend und für den Sekretär richtunggebend in bezug auf Verhandlungen auch mit der Internationale der Fabrikarbeiter.“

An den Bericht der beiden Kollegen Neumann und Caprasse schloß sich eine lebhafte Aussprache. Die Exekutive beschloß darauf, den Kollegen Neumann und den internationalen Sekretär die weiteren Schritte unternehmen und die bisherigen Bemühungen fortsetzen zu lassen.

Kollege Delzant erläuterte darauf den Bericht über seine Tätigkeit seit dem Kongreß in Stockholm. In der Frage des Vierparteiensystems habe die Arbeit der Internationale dazu geführt, daß in Genf eine Konferenz getagt habe, die beschließen habe, den Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsamts zu erziehen, die Frage auf einer der nächsten Sitzungen zur Beratung zu stellen.

Nach eingehender Aussprache werden der internationale Sekretär und der Vorsitzende der Internationale ersucht, alle weiteren Schritte zu unternehmen.

Delzant bespricht in ausführlicher Weise die Schritte, die zur Ausdehnung der Internationale in den Balkanstaaten und Spanien unternommen wurden, aber erfolglos blieben, da auch in diesen Ländern der wirtschaftliche Niedergang mit aller Macht die Organisationen drücke. Auch die dem Sekretariat angeschlossenen Länder haben einen Niedergang an Mitgliedern aufzuweisen, da die Arbeitslosigkeit stark auf das Organisationsleben Einfluß ausübe. Ungehörig schwere Arbeit sei zu leisten, um den gegenwärtigen Stand der Internationale zu halten.

Kollege Müller, Hannover, gab dann einen Bericht über die Tätigkeit der Internationalen Kommission der Flaschenindustrie. Dieser Bericht wird in der nächsten Nummer erscheinen.

Kollege Viktora (Teplitz) besprach dann das Thema: Gegenseitigkeitsverträge zwischen den Landesorganisationen. Der Referent behandelte die ungeheuren Schwierigkeiten, die den Gewerkschaftsorganisationen entgegenstehen. Während sei Konfliktstoff vorhanden, und nicht immer werden die Gewerkschaften den Annahmen der Industriellen ausweichen können. Sehr leicht kann der Fall eintreten, daß ein Land den Kampf allein nicht führen kann und auf die Hilfe der dem Sekretariat angeschlossenen Länder angewiesen sei. Kollege Viktora legt darauf Nicht-linien vor, nach denen die dem Sekretariat angeschlossenen Länder ihre Beratungen zu führen haben, um die Mittel zu beschaffen, große Kämpfe siegreich zu führen. Die Exekutive be-

schließt nach längerer Aussprache folgendes: „Das Sekretariat wird beauftragt, an alle Landesorganisationen heranzutreten, um sie auf den Beschluß von Stockholm aufmerksam zu machen und sie zu bitten, sich zu dem Gegenseitigkeitsvertrage prinzipiell zu äußern.“

Das Thema Arbeiterrecht, Gesundheitswesen und Fabrikinvestition wurde vom Kollegen Wirbig behandelt. Der Arbeiterrecht sei in den letzten Jahren in recht erfreulicher Weise in allen Ländern angebahnt worden. So sei in Frankreich, aber vor allen Dingen in Belgien, die Arbeiterchaft durch die Sozialgesetzgebung sichergestellt, vor den größten Gefahren geschützt. Erfolgreich sei auch in der Tschechoslowakei gearbeitet worden, immer größer wird der Einfluß der Gewerkschaften in der Frage des gesamten Arbeiterrechtes. In allen Ländern, in der dem Sekretariat unterworfen, müsse die Förderung einer wirksamen Fabrikinspektion gestellt werden. Krankheiten und Unfälle zu verhüten sei wirksamer, als deren Wunden zu heilen.

An das Referat schloß sich eine längere Aussprache. Von den Mitgliedern der Exekutive wurde dargelegt, daß diese Sache von allerhöchster Bedeutung sei, und der Sekretär gebeten, das Internationale Arbeitsamt auf die Gefahren aufmerksam zu machen, denen die Arbeiterchaft in der Glasindustrie ausgesetzt ist.



Porzellanindustrielles

Verständigungsverhandlungen

Die deutschen Porzellanindustriellen streben schon seit langer Zeit eine Verständigung mit den tschechoslowakischen Porzellanindustriellen über die Belieferung der Weltmärkte an. Die gegenseitige Konkurrenz erfordert zu große Opfer, deshalb wird nach einer wirtschaftlich vernünftigen Regelung gesucht. Die Verhandlungen ziehen sich nun schon Monate hin, ohne daß ein Ergebnis dabei herauskommt. Kürzlich wollte nun Frankreich einen höheren Zoll für Porzellan zum Schutze seiner einheimischen Porzellanindustrie einführen. Dieser Anlaß trug dazu bei, daß nun die Verständigungsarbeiten auch mit Frankreich gesucht wurde, zu der auch nach Belgien kam. Die Verständigungsverhandlungen wurden am 15. September in Karlsbad abgehalten. Von dort wird berichtet, daß die gegenseitigen Beratungen der tschechoslowakischen, deutschen, französischen und belgischen Porzellanindustriellen über Ansetzungen an das tschechoslowakisch-französische Preisgarantiekombiement zu positiven Ergebnissen führten. Daraufhin soll Aussicht vorhanden sein, daß Frankreich von der beabsichtigten Zollerhöhung Abstand nehmen wird. Bei den Verhandlungen wurde auch dem Gerücht, Deutschland beabsichtige ein Einfuhrverbot für Porzellan, energig entgegenzutreten. Die formalen Prinzipien des Uebereinkommens sollen festgelegt sein. Wenn die Vertreter der beteiligten Industrien mit ihren Regierungen Rücksprache genommen haben, sollen in einer besonderen Sitzung die Beratungen fortgesetzt und das Abkommen unterzeichnet werden.

Hoffentlich kommt es auch so weit.

Eine solche Industrieverständigung kann nur begrüßt werden; denn ein Konkurrenzkampf der Porzellanindustrien der Länder wird meist auf Kosten der Arbeiterchaft geführt. Freilich sind wir nicht etwa so naiv, zu glauben, mit einer Verständigung der Porzellanindustriellen höre der Lohnstreit auf, wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß trotz Uebereinkommen die Porzellanindustriellen doch noch von der preisdrückenden Auslandskonkurrenz reden werden. Dessenungeachtet kann ein Preisgarantiekombiement, wenn es zustande kommt, doch ein Gutes auch für die Arbeiterchaft haben. Ihre internationale Arbeit müssen nun die Industriellen auch innerhalb ihrer Kreise nachmachen. Vielleicht trägt so etwas auch zur Völkerverständigung bei.

Firmen lassen verlaufbaren.

Die Firmen der Porzellanindustrie geben von Zeit zu Zeit bei besonderen Gelegenheiten, Schluß des Geschäftsjahres, Leipziger Messe u. a., Auskunft über ihre Lage und ihren Stand. So auch eine Anzahl Firmen in den letzten Wochen. Die Handelspresse bringt dann die Auskünfte als Berichte. Von der Porzellanfabrik Mahla A.-G. in Mahla heißt es in so einem Bericht: Der Umsatz in Geschirrvorjahren ist gegenüber dem Vorjahre vermindert und auch mengenmäßig zurückgegangen. Die Preise sind größtenteils unanständig.

Kollege Viktora besprach dann in kurzen Worten die Tätigkeit des Kollegen Wirbig in der Internationale der Glasarbeiter und wies darauf hin, daß Kollege Wirbig am 31. Dezember 1931 aus seiner Tätigkeit ausschiede.

Nach den Beschlüssen von Stockholm sei Kollege Wirbig aber als Vorsitzender der Exekutive gewählt, und er hoffe, daß er auch diese Tätigkeit bis zum Ablauf der Wahlperiode ausübt.

Kollege Wirbig dankte dem Kollegen Viktora für die Anregung und jagte seine Mitarbeit auch für die fernere Zeit zu.

Nach dreitägiger Verhandlungsdauer dankte der Vorsitzende allen Mitgliedern der Exekutive für ihre Mitarbeit und wünschte allen eine glückliche Heimreise.

40 Jahre Verbandsmitglied

Am 22. September feierte der Genosse Fr. Womberg, Stadthagen, das seltene Fest seiner 40jährigen Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung. Mit 13 Jahren trat er im Jahre 1891 dem Zentralverband der Glasarbeiter bei, und damit war er auch gleich einer der rührigsten Arbeiter in jener schweren, an Kämpfen so reichen Zeit. Natürlich war er damals auch schon in der Partei und seine Arbeit bestand darin, aufklärend bei jung und alt zu wirken. Er war dann jahrelang Mitglied der sogenannten Agitationskommission und an der Gründung der Zellen in Korta, Grafweide, Obernkirchen, Münteln und Minden beteiligt. Im Jahre 1900 wurde er dazu bestimmt, die große Bergarbeiterversammlung zu leiten, die dann ein voller Erfolg wurde, zumal damals erstmalig in Stadthagen Robert Leinert, Hannover, das Referat hielt. Auch in der Lohnkommission der Zelle Stadthagen war Womberg längere Zeit tätig, wo er ebenfalls in vorbildlicher Weise immer seine Pflicht erfüllte. Und die Folgen dieser Tätigkeit? Ost mußte Fr. Womberg seine Arbeitsstelle wechseln. So kam es, daß er, in Triangel geboren, in Hainholz in die Glashütte kam, um dann von Hütte zu Hütte wandern zu müssen. Mit Weib und Kindern. Er war in Münteln, Stadthagen, Salde, Osterwald und anderen Werken, wo er immer und rastlos am Werben war für Partei und Gewerkschaft, der er auch heute noch in alter Treue dient.

Möge der Geist dieses Mannes, von denen wir noch mehrere am Orte haben, den Jüngeren zum Vorbild dienen. Deshalb glauben wir, nur eine kleine Dankespflicht erfüllt zu haben, wenn wir unserer Hoffnung Ausdruck geben und dem Genossen als Mitarbeiter in unseren Reihen, dem alten Fr. Womberg als Parteifreund und Kollegen des heutigen Fabrikarbeiterverbandes unseren herzlichsten Glückwunsch entbieten. Möge ihm noch manches Jahr in Ruhe und Frieden beschieden sein, und möge er noch manche Freude und manchen Tag des Erfolges seiner Klasse erleben. W.B.

Belgien

Ueber die Lage der belgischen Glasindustrie wird dem Internationalen Gewerkschaftsbund gemeldet: Der Absatz in der Großglasindustrie hat sich etwas verbessert; ein neuer Ofen konnte in Betrieb genommen werden. Dagegen verschlimmert sich die Lage in der Trinkglasindustrie von Tag zu Tag. Auf dem Gebiete der gewöhnlichen Gebrauchsgüter herrscht Ueberschneidung. Trotzdem will infolge der fehlenden Zusammenarbeit keine Fabrik die Produktion einstellen oder Kurzarbeit einführen. Dieser Umstand hat zur Folge, daß die laufenden Artikel sowohl in Belgien als auch im Auslande 15 bis 20 Proz. unter den Vertriebskosten verkauft werden. Nach Ansicht vieler Fabrikdirektoren könnte eine radikale Lösung nur dadurch herbeigeführt werden, daß alle Trinkglasfabriken konzentriert und jene Betriebe geschlossen würden, deren Produktion unnütz ist, sei es infolge ihrer dürftigen Musteranfertigung oder infolge der Qualität ihrer Produkte.

Die vier großen Flaschenfabriken haben ein Verkaufskontor gegründet, das seine Tätigkeit Ende September aufnehmen soll. Gleichzeitig wurde eine Einigung über die Konzentrierung der Produktion erzielt. Wie sich die weitere Stellung zum Internationalen Flaschenindikat entwickeln wird, ist bisher unklar.

Die Kundenschaft disponiert im allgemeinen kurzfristig und erzielt keine Aufträge. Zur Leipziger Herbstmesse war der Versuch zur Friedensstellung. Die neuen Muster in Tafel- und Kaffeefervices haben gute Aufnahme gefunden. Das Ausland hat ebenfalls einige größere Aufträge erteilt. In Hochspannungsporzellan ist der Beschäftigungsgrad befriedigend. In Niederspannungsporzellan sind die Preise und der Bedarf erheblich gesunken, so daß sich die Verwaltung zur Stilllegung des Werkes Freiberg entschließen mußte. Der größte Teil der Produktion ist von den Hochspannungswerken mit übernommen worden.

Die Stilllegung des Werkes Freiberg ist nach unserem Erachten für die Mahla A.-G. ein Schlag, der unter Umständen noch weitere Folgen nach sich ziehen kann.

Von der Porzellanfabrik Lorenz Dutschkreuthner A.-G. wird berichtet, daß das mit dem 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1930/31 unbefriedigender verlaufen ist als das vorjährige. Die Umsätze seien infolge der in der gesamten Porzellanindustrie trotz zahlreicher Einschränkungen immer noch herrschenden Ueberschneidung und der durch die Verschärfung der Weltkrise weiter geschwächten Konsumkraft hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben. Auch das Exportgeschäft habe angefangen der allenthalben erfolgten Zollerhöhungen und der durch niedrigere Selbstkosten begünstigten Auslandskonkurrenz keinen Ausgleich für die im deutschen Geschäft erlittenen Ausfälle bringen können. Dem scharfen Preiskampf und der durch die allgemein schwere Krise bedingten Abfahmung habe man zum Teil wieder mit gutem Erfolge durch künstlerische Neuschöpfungen und Ausbringung von Qualitätszeugnissen zu möglichst billigen Preisen begegnen können. Das finanzielle Ergebnis dürfte, soweit es sich bisher übersehen lasse, zumindest die Aufrechterhaltung der Verhältnisse diebende nicht ermöglichen, zumal eine weitgehende Schonung der liquiden Mittel bei den unsicheren Zukunftsaussichten ratsam erscheine.

Aus diesen Zeilen geht hervor, daß die Vorjahrsdividende von 7 Proz. diesmal nicht verteilt werden könne. Das wäre ja auch noch schöner, wenn die Aktionäre die schwere Krise nicht auch zu spüren bekommen würden. Die Arbeiterchaft spürt sie nicht nur, sondern sie leidet sogar darunter.

Ueber die Porzellanfabrik G. M. Dutschkreuthner A.-G., Hohenberg a. d. Eger, ist in der Presse folgendes zu lesen: Bei diesem zum Verhuld-Konzern gehörenden Unternehmen sind die Abschlußarbeiten für das am 30. Juni 1931 beendete Geschäftsjahr noch nicht soweit gediehen, daß sich zahlenmäßige Angaben machen ließen. Ob sich die Vorjahrsdividende von 8 Proz. auf die Stammmittel aufrechterhalten läßt, erscheint zweifelhaft, da neben dem rückgängigen Umsatz vor allem die steigenden Preise das Ergebnis ungünstig beeinflussen dürften. Bei dem Bemühen, sich auf dem Auslandsmarkt festzusetzen, wirkten hindernd die hohen deutschen Beschickungskosten, die weit über denen der Konkurrenzländer,

vor allem Japans und der Tschechoslowakei liegen, sowie auch die im Berichtsjahr erfolgten Zollerhöhungen im Auslande.

Dieser Firma blieb es vorbehalten, wieder das alte Lied von den hohen deutschen Gefehungssollen erklingen zu lassen. Die anderen Fabriken haben das vernieden, weil es keine Zukunft mehr hat. Die deutschen Unternehmer der Porzellanindustrie sollten sich nun glaubwürdigere Ausreden suchen.

Die Porzellanfabrik Tettau N.G. in Tettau läßt von sich in folgender Weise schreiben: Bei der Gesellschaft, die für das Jahr 1930 eine Dividende von 8 (1929:10) Proz. verleiht, seien die Umsätze im laufenden Geschäftsjahr bisher hinter denen des Vorjahres zurückgegangen. Der Auftragseingang sei schleppend und auch das Ausland halte mit der Einstellung neuer Aufträge zurück. Der Betrieb arbeite daher seit längerer Zeit eingeschränkt. Die Preise seien im allgemeinen wenig vertiebigend. Der Status der Gesellschaft sei aber nach wie vor recht günstig.

Also recht günstig ist der Status der Gesellschaft noch, das heißt doch, die Krise ist ja gar nicht so schlimm für uns.

Die Porzellanfabrik Waldsassen Varenther & Co. N.G. Waldsassen, läßt vernehmen, daß die Aufträge infolge der Preisrückgänge wertmäßig gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres nicht unbeträchtlich zurückgegangen sind, während sie sich mengenmäßig kaum verändert haben. Die Vorgänge im Juli haben eine fühlbare Absatzminderung zur Folge gehabt. Inzwischen hat das Geschäft wieder etwas angezogen. Die kurzfristigen Bestellungen der Kundenschaft zeigen deutlich, daß die Lager stark gelichtet sind. Die Preise sind unbedrückend. Das Ergebnis der Leipziger Herbstmesse habe den mäßigen Erwartungen entsprochen. Von der Inlandskundenschaft waren Teile ausgeblieben. Die Exportaufträge waren schwächer als sonst.

Zunehmend würden die Messeumsätze dazu beitragen, die Dreitagewoche in den Betrieben zu verlängern.

Offenlich tritt das auch ein. Die Verlegeten werden darüber erfreut sein, wenn es Tatsache wird.

Bei der Lunaburger Steingutfabrik N.G., Berlin, sind, Pressenotizen zufolge, die Geschäftsaussichten zur Zeit schlecht. Die am Anfang des Geschäftsjahres 1930/31 eingetretene leichte Belebung, die sogar einen kleinen Ueberschuß gebracht, ist schon wieder abgeklaut. Der Abschluß für das laufende Geschäftsjahr dürfte einen größeren Verlust ergeben (im Vorjahre 610.347 RM Verlust). Wie die „Magdeburger Zeitung“ noch erzählt, ist gegenüber dem Vorjahre die Produktion wertmäßig um 20 Proz., mengenmäßig dagegen nicht zurückgegangen. Am meisten leidet die Firma unter dem ungünstigen Inlandsmarkt.

Die ungenügende Kaufkraft der Bevölkerung wird damit bestätigt.

Neue Porzellanfabrik in Polnisch-Oberschlesien.

In Orzesze (Polnisch-Oberschlesien) wird unter Beteiligung ausländischen Kapitals eine neue Porzellanfabrik errichtet, mit deren Inbetriebnahme im Oktober gerechnet wird. Zwischen diesem Werk und der Polnisch-Oberschlesischen Porzellanfabrik (Giesche) soll eine Interessengemeinschaft abgeschlossen werden, durch die die Monatsproduktion beider Werke begrenzt werden soll.

In Deutschland werden Porzellanfabriken stillgelegt, in Polen neue gebaut. Anscheinend erstrebt Polen, besonders von der deutschen Porzellanindustrie unabhängig zu werden. Das ausländische Kapital scheint großes Vertrauen zur polnischen Kaufkraft zu haben. Es ist schade, daß nicht gesagt ist, ob es sich um eine Porzellanfabrik oder um eine elektrotechnische Fabrik handelt.



Sehe gegen die Arbeitslosen

Unter der Überschrift „Arbeitslosenversicherung?“ veröffentlicht die „Zentralindustrie-Zeitung“ in Nr. 71/1931 einen Artikel, der B. S. unterzeichnet ist. Die Schriftleitung erklärt in einer kurzen Vorbemerkung, dem Einsender in vielen Punkten recht geben zu müssen. Was wir nachstehend dem Herrn B. S. zu sagen haben, gilt gleichzeitig der Schriftleitung der „Zentralindustrie-Zeitung“.

Dem anonymen Artikelschreiber in der genannten Zeitschrift paßt die ganze Arbeitslosenversicherung nicht. Die Unterstützung soll nur nach Bedürftigkeit gewährt werden. Die Arbeitsämter sollen verschwinden und die Verteilung den Gemeinden bzw. Wohlfahrtsämtern übertragen werden. Beiträge sollen erhoben, die Unterstützung müsse jedoch individuell verteilt werden.

Also Beitragspflicht für die Arbeiter ohne Rechtsanspruch, ohne zu wissen, ob und wieviel Arbeitslosenunterstützung einmal gezahlt wird. Vom Standpunkt der Unternehmer ein sozialpolitisches Ideal, das sich ihrem politischen Anspruch und auf die Formel gebracht werden kann: Zahlen und manhalten.

Aber Herr B. S. hat auch Gründe. Die von ihm angeführten Beispiele wollen wir uns der Reihe nach einmal anschauen.

1. Beispiel: Ein Arbeiter wollte die ihm vom Arbeitsamt angebotene Arbeit deswegen nicht annehmen, weil er nach 26 Arbeitswochen ein Recht zum Stempeln habe.

Frage: Welcher Ort bzw. welches Arbeitsamt kommt in Frage? Wann hat sich der Vorgang abgebeigt? Nachforschungen sind bei solch allgemein gehaltenen Vorwürfen natürlich nicht möglich.

Aber selbst angenommen, daß es einen solchen Arbeiter gegeben hat, soll damit die gesamte Arbeitererschaft als arbeitslos hingestellt werden? Der Artikelschreiber will das scheinbar selbst nicht, denn er schreibt, „man sieht aus dem Einzelfall, daß falsche Auffassungen bestehen“. Also Einzelfall — und trotzdem ist dieser angebliche Vorfall gut genug, um in einem Artikel gegen die Arbeitslosenversicherung Verwendung zu finden.

2. Beispiel: Der Verfasser schreibt, daß er im letzten Spätherbst sich alle Mühe gegeben habe, nach kurzen, wegen Krankheitszustand verursachten Stillstände mit seinem Pressevertrieb wieder in Gang zu kommen. Das sei ihm aber nicht möglich gewesen, weil die dem Arbeitsamt vermittelten Arbeiter unter ungünstigen Umständen nach ein. zwei, höchstens drei Tagen wieder aufhörten. Schlussfolgerung für den ehrenwerten Artikelschreiber: Die Arbeiter suchen nach Möglichkeiten, nur am Scheitern gehen zu können.

Frage: Um welche Tätigkeit handelt es sich, und zu welcher Zeit haben sich diese Vorgänge abgebeigt? Um Anzeichen zu können sind doch im Geheik, außer der notwendigen Konzentration, noch andere gewichtige Voraussetzungen vorzuzusetzen. Wenn ein Arbeiter z. B. ohne wichtigen oder berechtigten Grund die Arbeit aufgibt, dann muß er mindestens sechs Wochen Durschnitt durchmachen, in welcher Zeit er überhaupt keine (siehe §§ 90 bis 90 b) Alm erhält. Wenn also im fragten Falle die Arbeiter die Arbeit nach ein bis drei Tagen

wieder aufgaben und dann trotzdem Alm erhielten, dann lag zweifellos einer der vom Gesetzgeber anerkannten berechtigten Gründe vor. Als solche sind aber vor allem anerkannt, wenn

1. kein Tariflohn gezahlt wird;
2. dem Arbeitslosen die Arbeit mit Rücksicht auf seinen körperlichen Zustand oder sein späteres Fortkommen nicht zugemutet werden kann;
3. die Arbeitsstelle durch Streik oder Aussperrung freigegeben ist;
4. gesundheitlich oder sittlich bedenkliche Unterkunft besteht oder
5. infolge der Arbeit ein neuer Wohnort genommen werden muß und demzufolge die Versorgung der zuzulagsberechtigten Angehörigen nicht hinreichend gesichert ist.

Welche dieser Gründe mögen vorliegen haben, um die armen Teufel von Arbeitslosen zu veranlassen, schon nach ein bis drei Tagen auf die vollen Suppenschüsseln bei Herrn B. S. zu verzichten und lieber wieder das trockne Brot der Arbeitslosen zu essen?

3. Beispiel: Der Artikelschreiber hält es für falsch, daß derjenige Arbeiter, der einen hohen Lohn verdiente, eine höhere Arbeitslosenunterstützung erhält, als die derjenige Arbeiter mit niedrigerem Lohn bekommt. Herr B. S. meint, der Arbeiter mit hohem Lohn kann sich für die Zeit der Arbeitslosigkeit wohl etwas zurücklegen. Wie unsozial die Arbeitslosenversicherung deshalb wirkt, dafür führt B. S. ebenfalls ein Beispiel an.

Ein neunzehnjähriger Maurer als einem medienburgischen Dorfe arbeitete in Damburg. Nach seiner Entlassung kehrte er ins heimatische Dorf zurück und bezog m. a. H. als lediger Mann wöchentlich 24 RM Alm, mehr als irgend ein verheirateter Arbeiter im Dorfe an Lohn verdienen. Der Vater des jungen Maurers hat zwei Pferde, sechs Kühe usw.

Frage: Haben Sie, Herr B. S., jemals etwas von den §§ 107 a und 107 c des RMVG gehört? Wenn ja, dann müssen Sie wissen, daß Maurer unter die berufstätliche Arbeitslosigkeit fallen und deshalb gekürzte Alm erhalten. (§ 107 a.) Wenn ein Arbeitsloser aber in den letzten 26 Wochen mindestens 13 Wochen in einem anderen Orte gearbeitet hat, als in dem, in dem er Unterstützung beantragt, so darf die Unterstützung nicht höher sein, als sie nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsortes wäre (§ 107 c). Weiter muß Ihnen, werter Volksgenosse, bekannt sein, daß bei Jugendlichen unter 21 Jahren die Bedürftigkeit geprüft wird, wenn sie Alm beantragen. Ferner hat es für einen Hauptunterstützungsempfänger noch nie 24 RM Alm gegeben. Der Satz in der Klasse XI (das ist die höchste Klasse) betrug — ohne Familienzuschlag — 22,05 RM; für Saitu (§ 107 a) 15,75 RM; ab 1. Juli 1931 18,90 RM; für Saitu 11,55 RM.

Solange Sie, Herr B. S., nicht mit dem Namen des medienburgischen Dorfes, des zuständigen Arbeitsamtes und des neunzehnjährigen Maurers zwecks Nachprüfung dienen, solange müssen wir Sie als sozialreaktionären Märchenerzähler bezeichnen. Lud. Schd.

Wicking-Konzern

Ein klassisches Beispiel von kapitalistischen Fehlinvestitionen.

Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, ist für den Wickingkonzern wahrscheinlich eine Epoche der Entwicklung abgeschlossen, deren Ende wenig rätselhaft ist. Anfang September wird der Aufsichtsrat des Konzerns — der Vorherrschend, nicht dem eigenen Trieb — wahrscheinlich Beschlüsse fassen können, die die Herrschaft über den Konzern an eine andere Gruppe, und zwar dem Duerhoff-Konzern überlassen werden. Der Konzern hatte sich übertrieben, und nun hat er sich selbst unterworfen, oder besser gesagt, er ist davon so weit gekommen, daß er sich in die Leibe eines kräftigen Gegners begeben muß.

Die Aktien dieses Unternehmens sollen nun im Wert von 2,1 Milliarden abgesetzt werden. Das bedeutet für die Aktionäre, daß sie vier Fünftel ihres Vermögens verlieren. Das ist ein klassisches Beispiel von Kapitalismus. Aber das allgemeine Expansionsbedürfnis der Konzernleitung hat zu dem Schicksal geführt, wie sie sich befinden, geführt.

Die halbe weltweite Zementindustrie ist in der letzten zehn Jahren vom Wickingkonzern beherrscht worden. Aber immer wieder wurden neue Anlagenwerke, angelegt durch die guten Kräfte in der Zementindustrie, errichtet. Diese Tatsache hat oft den Schein des weltweiten Zementmonopols gegeben. Mit vieler Mühe und Not ist es beim letzten Kongress am Ende Dezember 1930 wieder gelungen, die Preise zu senken zu vertiefen. Einige Anlagen sind unter die Leitung der Zementwerke gekommen. Trotzdem nun der Wickingkonzern so ziemlich die Hälfte der weltweiten Zementindustrie beherrscht, hat er sich Expansionsbedürfnis nicht befriedigt. Man könnte mehr verdienen zu können und hätte deswegen das Unternehmen in Richtung, von dem es hier, daß es das moderne und große Zementwerk der Welt sei, ihm ein. Wasse werden das Zementwerke Zementindustrie in Händen zu haben, wurde dem Wickingkonzern außerdem noch das Zementwerk in der Schweiz, errichtet. Durch dieses Unternehmen ist nun

ein Verlust von mehreren Millionen Schweizer Franken entstanden. Der Neubau des Zementwerkes sollte ursprünglich neun Millionen Reichsmark kosten, schließlich hat es ungefähr vierzehn Millionen Reichsmark verschlungen, und das soll noch nicht alles sein. Was es wirklich gekostet hat, wissen wohl nur die Intimen des Wickingkonzerns. Man hatte gehofft, mit dem Neuwert in Neuwied gut zu verdienen. In dem Frühjahr 1930 erlitt die Bautätigkeit ab. Die großen Bauaufträge für Kranen immer mehr ihre Leistung auf das notwendige ein. Die Aufträge blieben weg, so daß schließlich die Zementindustrie ihre Werte nur noch mit 29 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit ausnutzen konnten.

Das Neuwieder Werk konnte nach Fertigstellung den ganzen bisherigen normalen Bedarf des Wickingkonzerns befriedigen. Sämtliche anderen Konzernwerke hätten selbst bei konstanter dauernd stillgelegt werden können, das Neuwieder Werk hätte allen Bedarf gedeckt. Jetzt liegen fast alle Werke still, selbst für das Neuwieder Werk ist Stilllegung antrag gestellt.

Das ist nun die Vertrefflichkeit des kapitalistischen Systems darstellend. Unheimliche Summen sind unproduktiv verlegt, die jetzt verloren sind. Wenn von Seiten der Zementindustrie immer behauptet wurde, daß die Summen für Anlauf, von Zementwerken, die dann stillgelegt wurden, nicht ins Gewicht fallen, so kann man an dem Beispiel des Wickingkonzerns erkennen, was man von dieser Behauptung zu halten hat. Nicht nur beim Wickingkonzern, sondern auch bei den übrigen großen Konzernen ist es so.

Der Rimbuss von der Vertrefflichkeit des kapitalistischen Systems und der übertragenden Tätigkeit der sogenannten Wirtschaftsführer beginnt nun selbst bei dem konketten Bürger zum zu werden. Reichlich im Fall Wicking ist es den Aktionären allen dort auf die Nerven gegangen. Beim Geldmarkt für

die Gemülichkeit und zuletzt auch der Glaube an die Vertrefflichkeit des kapitalistischen Systems und der kapitalistischen Wirtschaftsführer auf. Auf Herrn ten Hompel, dem Generaldirektor von Wicking, haben die Aktionäre des Konzerns aufgeblickt, wie zu einem Heiligen. Freilich nur so lange, als sie gute Dividenden einstreichen konnten. Jetzt, wo er Pech gehabt hat, beginnt man an allem zu zweifeln. Jetzt versteht man dem in ihren Augen Schuldigen, Herrn ten Hompel, den berühmten Felsfußtritt.

So schreibt der „General-Anzeiger“ für Dortmund und das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet in Nr. 241 vom 2. September 1931 folgendes:

„So schwindet wieder einmal der Ruhm eines unserer großen Wirtschaftsführer dahin; sie transit gloria mundi... Wir wollen hier nicht auf die Verdächtigungen eingehen, denen man Herrn ten Hompel ausgesetzt hat angesichts der offensichtlichen Tatsache, daß eine mit ihm eng zusammenarbeitende Zementmaschinenfabrik in Münster, die den Wickingkonzern belieferte, recht gut an diesen Geschäften verdient hat, und daß diese Maschinenfabrik die ganze kartellierte Zementindustrie und also auch den Wickingkonzern fortgesetzt dadurch geschädigt hat, daß sie Inhaberseite angazerte, und ihnen Zementmaschinen lieferte — diese Dinge mögen die engeren Interessenten unter sich ausmachen. Aber das Tausende von kleinen Aktionären geschädigt werden, daß alle die Westfalen und Rheinländer, die dem Unternehmen seit langem ihr Geld anvertrauten, und in der Leitung des Wickingkonzerns den ersten Zementfachberätenden und einen guten Finanzmann sehen zu dürfen glauben, daß alle diese Leute, das ganze Publikum, wieder eine solche Enttäuschung erleben müssen. Das ist ein neuer Schlag gegen die Zuversicht und das Vertrauen zu den kapitalistischen Methoden, ein neuer Schlag von solcher Schwere, daß man ihn in eine Linie stellen muß mit den Fällen, die uns in der letzten Zeit genugsam beunruhigt und zudem unseren Kredit im Ausland faktisch geschädigt haben.“

Wenn das zutrifft, was der „General-Anzeiger“ für Dortmund schreibt: (Die enge Verbindung mit der Zementmaschinenfabrik), so wirkt das ein großes Licht auf die Moral vieler kapitalistischer Kreise. Genau so wie in einem Kriege die Nützungsfabrikanten an Freund und Feind ihre Worbewaffen liefern und noch liefern, genau so hat es die Zementmaschinenfabrik, ob mit Wissen oder Nichtwissen ten Hompels, wollen wir nicht beurteilen, gemacht. Geschäft ist eben Geschäft. Und das nennt sich dann vertreffliche kapitalistische Weltordnung und verlangt „Freiheit“ für sich, damit es sich „richtig einstellen“ kann. Wollen die Herrschaften noch mehr Freiheit haben, damit sie noch mehr Volkserniedrigungen verschleudern können, wie es im Wickingkonzern geschehen ist?

Man könnte sich über die Erkenntnis, die man aus obigen Zeilen des „General-Anzeigers“ herauslesen kann, eigentlich freuen, wenn nicht in der Hauptsache die Zementarbeiter die Leidtragenden wären. Tausende von Zementarbeitern sind durch die verkehrte Expansions- und Preispolitik der Zementbarone aufs Straßengpflaster gestogen und müssen von der Allgemeinheit notdürftig genug über Wasser gehalten werden. Not und Elend innerhalb der Zementarbeiterschaft ist die Folge der Machtpolitik der Zementbarone.

Bei den Aktionären und dem Bürgertum wird die Erkenntnis, daß manches faul im kapitalistischen System ist, ja nur so lange aufhalten, wie sie es auf ihrem Geldbeutel fühlen. Haben sie dann wieder die Möglichkeit, fetter Dividenden einstreichen zu können, ist die Weltuntergangsstimmung wieder vorbei. Dann schwören sie wieder auf die Unüberwindlichkeit des kapitalistischen Systems und betrachten die Vertreter dieses wieder als ihre Nationalheiligen.

Für die Arbeitererschaft kann es nur ein geben, was dauernde Besserung der Wirtschaftsmisere verspricht. Radikale Beseitigung dieses Systems und Einführung einer Wirtschaftsordnung, die nicht für das Interesse einzelner machthaberiger „Wirtschaftsführer“, sondern im Interesse der Allgemeinheit und des wertvollen Volkes produziert und arbeitet.

Dafür mitzuarbeiten, muß Aufgabe aller Zementarbeiter und der gesamten Arbeitererschaft sein.

Eine Voraussetzung dafür ist, Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation und der politischen Vertretung der Arbeitererschaft, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die gewerkschaftliche Organisation der Zementarbeiter in der „Keramische Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands“.

Kongreß der Internationalen Föderation der Keramarbeiter

(Schlußbericht)

Dem schriftlich vorgelegten und mündlich ergänzten Bericht des internationalen Sekretärs Tuisko Apel, worüber bereits in der Nummer 39 berichtet wurde, folgte eine ausgiebige Diskussion, die sich weniger auf den Tätigkeitsbericht, sondern mehr auf die Verschmelzungsfrage bezog. Holland, die kleinste Gruppe der Internationalen Föderation, fühlt sich als die Vertreterin der Verschmelzung mit der Fabrikarbeiterinternationalen und benützt jede Gelegenheit, die Verschmelzung zu betreiben. Seine Delegierten sind taktisch dabei nicht immer geschicklich und konnten bisher noch keine unterstützenden Freunde gewinnen. Das gelang ihnen auch auf dieser Tagung nicht, und ihr Auftreten war den notwendigen Verschmelzungsbestrebungen nicht förderlich. Der Sprecher der holländischen Vertretung, Kamerad Ebeling, schnitt in der Diskussion über den Tätigkeitsbericht des internationalen Sekretärs die Verschmelzungsfrage damit an, daß er diesem den Vorwurf machte, er habe die Verschmelzung verhindert und verschleppt, die vorhandenen Anknüpfungs- und Verhandlungsmöglichkeiten nicht wahrgenommen und den Kopenhagener Beschlüssen wider gehandelt. Im Zusammenhang mit diesen Angriffen auf die Tätigkeit des Kameraden Apel übte er auch Kritik an unserem Verband, der drei verschiedene Standpunkte in der internationalen Verschmelzung einnehme, einmal vertrete er die Auffassung der Holländer, daß die Keramik- und Glasarbeiterinternationalen zur Fabrikarbeiterinternationalen kommen müssen, zum anderen, daß die Keramik- und Glasarbeiterinternationalen zusammengehörten, und letzten Endes noch den, daß jede internationalen selbständig bleiben solle. Das könne er nicht verstehen.

Diese unbegründeten Vorwürfe auf den internationalen Sekretär lösten wieder eine allgemeine Verschmelzungsdebatte aus, die in keiner Weise zur Lösung der Frage beitrug. Der internationalen Sekretär konnte an Hand seiner Belege einwandfrei nachweisen, daß er gar nicht anders handeln durfte, als er gehandelt habe, und daß er gewissenhaft die gefassten Beschlüsse ausgeführt habe. Die Länder konnten das bestätigen und nahmen den internationalen Sekretär gegen die Angriffe in Schutz. Sie taten das auch im Verlauf der weiteren Diskussion. Die Verschmelzungsfrage wurde außerdem noch angeregt durch ein Telegramm vom Exekutivkomitee der Glasarbeiter, das zur gleichen Zeit in Paris lagte, worin eine Kommission angemeldet wurde, die in Limoges eintreffen werde um persönlich die Meinung des Kongresses einzuholen. Diese sah sich jedoch trotz längerer Aussprache außerstande, sich so eingehend mit der Verschmelzungsfrage zu befassen, daß anschließend an die Kongreßtagung Verschmelzungsverhandlungen geführt werden können. Die Glasarbeiterinternationalen wurde gebeten, einen Verschmelzungsentwurf mit Erklärungen und Begründungen auszuarbeiten, der dann den nationalen

Verbänden zugeleitet werden soll. Außerdem wurde noch von verschiedenen Seiten darauf verwiesen, daß ja nach wie vor noch die in Kopenhagen und Paris gefaßten Beschlüsse gelten, wonach auch Verhandlungen mit der Internationale der Fabrikarbeiter zu führen sind.

Die ganze Verschmelzungsdebatte war keineswegs ersprießlich. Mit Ausnahme von Holland verhielten sich die anderen Ländervertreter sehr reserviert, größtenteils sogar ablehnend, und es kann jetzt schon festgestellt werden, daß mit dieser Taktik die Widerstände der Länder nicht überwunden und aus dem Wege geräumt werden können. Im Interesse einer Verschmelzung, um die es besonders auch der deutschen Gruppe Grobkeramik wegen der internationalen Verflechtung des Kapitals zu tun ist, ist das bedauerlich.

Das mögen letzten Endes die holländischen Vertreter auch gefühlt haben. Sie nahmen auch einen Teil ihrer geübten Kritik wieder zurück. Vom Vertreter unseres Verbandes, dem Kollegen Karl, mußten sie sich sagen lassen, daß es nicht üblich ist, bei internationalen Tagungen nationale Verbände so zu apostrophieren. Die Organisationsleitung habe den Standpunkt jeder ihrer Branchen zu wahren, das andere nichts daran, daß in der Organisationsleitung ein Standpunkt maßgebend sei. Nach einer weiteren Aussprache, bei der die Ländervertreter zu verstehen gaben, daß die Internationale die Aufgabe hat, hauptsächlich die Berufsinteressen der Keramarbeiter zu vertreten, kam der Kongreß zu der Auffassung, die Beschlüsse von Kopenhagen und Paris unter Mitwirkung des internationalen Sekretärs und des internationalen Exekutivkomitees durchzuführen.

In der eigentlichen Tätigkeitsberichtsdebatte wurde die Arbeit des internationalen Sekretärs lobend anerkannt. Als erfreulich wurde noch bezeichnet, daß versucht wird, über die Verhältnisse der Keramarbeiter in Japan Aufschluß zu bekommen. Auch soll über die englischen Kollegen noch einmal versucht werden, mit der amerikanischen Porzellanarbeiterorganisation in Fühlung zu kommen, damit schließlich auch sie zum Beitritt in die Internationale gewonnen werden kann.

Dem internationalen Sekretär wurde Entlastung erteilt. Kasse und Bücher waren in Ordnung. Oesterreich wurde einstimmig in die Internationale Föderation der Keramarbeiter aufgenommen.

Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurden die einzelnen Länderberichte noch kurz ergänzt. Der Kongreß war ferner darin einig, daß die vorliegenden Länderberichte am Jahreseschluß von den Berichterstattern ergänzt werden, damit eine einheitliche Uebersicht über einen bestimmten Zeitpunkt vorhanden ist.

Über die deutsche Gruppe Grobkeramik auf der Bauausstellung in Berlin 1931 berichtete Kameron Elzner. Er erläuterte die Gründe, warum die Gewerkschaften daran teilnahmen, und gab Erklärungen zu den Bildern vom Ausstellungsstand der Gruppe Grobkeramik. Ein Teil der Bilder mit Erläuterungen sind im „Keramischen Bund“ erschienen, weshalb in diesem Zusammenhang auf die Wiedergabe des Referats verzichtet werden kann.

Dem letzten und wichtigsten Hauptpunkt der Tagesordnung: „Gesetzliche und tarifvertragliche Bestimmungen über den Gesundheitsschutz der Keramarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Staublungenkrankungen, der Ofenhitze und der Erkrankungen durch Einwirkung von Ölen und Terpentin“, konnte leider nicht mehr die notwendige Zeit gewidmet werden. Zu diesem Tagesordnungspunkt legte der Sekretär einen Entwurf einer internationalen Uebersicht über die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen in der Keramaindustrie verschiedener Länder unter besonderer Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes und der Entschädigung von Berufskrankheiten vor. Diese wichtige Uebersicht bedarf noch einiger Ergänzungen, gibt aber jetzt schon ein Bild von gesetzlichen Vorschriften, die im Interesse der feinkeramischen Arbeiter bereits von den Regierungen der verschiedensten Länder erlassen wurden. An Hand dieser Unterlagen können einheitlicher internationaler Gesundheitsschutz und einheitliche internationale Regelung der Schutzgesetze erstrebt werden. Das ist sehr notwendig für die feinkeramische Arbeiterschaft und dringend geboten für die noch weniger von der Gesetzgebung berücksichtigte grobkeramische Arbeiterschaft; auch für sie wird in der nächsten Zeit eine ähnliche Zusammenstellung gemacht werden. Die nächsten Kongresse werden besonders dieser Frage ihr höchstes Augenmerk widmen müssen, wenn die Keramarbeiterschaft international vor den schweren Gesundheitsgefahren ihrer Berufstätigkeit geschützt werden soll. Soweit Länder den Sozialschutz noch nicht haben, wie z. B. Frankreich in der Silikosegefährdung, wollen die Kollegen alles tun, um auf diesem Gebiete vorwärtszukommen. Dabei wird auch gewünscht, daß das internationale Arbeitsamt Mithilfe leistet.

Auf Wunsch der Engländer wurde Hanley zum Ort für den nächsten Kongreß bestimmt.

Mit dem Absingen der Internationale wurde der Kongreß geschlossen.

Gau und Zahlstellen

Gau 7, Zahlstellenleiter-Konferenz

Auf der Zahlstellenleiterkonferenz am 5. und 6. September in Mühlheim waren achtzig Delegierte der Zahlstellen, vier Mitglieder der Gauleitung, drei Gauvorstandsmitglieder und Kollege Müller, Hannover, vom Hauptvorstand, anwesend. Der vom Kollegen Hüppner erstattete Geschäftsbericht für das Berichtsjahr 1930/31 gab erschöpfend Auskunft über die der Gewerkschaft gestellten Aufgaben, deren Lösung und den finanziell- und organisatorischen Stand des Gaus 7.

Kollege Hüppner, Dresden, führte u. a. aus: Die vom Verband Sächsischer Industrieller und den übrigen Arbeitgeberorganisationen aufgestellten Behauptungen, daß das in Sachsen eingetretene Industrieriefen eine Folge der überhöhten Löhne in Sachsen sei, habe nach Erhebungen des Bezirksausschusses Sachsen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, das Amtliche dieser Behauptungen dargelegt. Leider wurde dieser Auffassung der Unternehmer von den Behörden ein williges Ohr geschenkt.

Neber die Herabsetzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden haben im Ministerium und Landtag Sitzungen stattgefunden, es ist bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern in dieser Frage unter Mitwirkung des Arbeitsministeriums nicht zu einem Resultat gekommen, da die Arbeitgeber als Voraussetzung die Herabsetzung der Löhne und Steuern verlangten.

In der Lohnfrage konnte unsererseits in Form einer Denkschrift ein überredendes Material gegen die Auffassungen der Unternehmer zusammengestellt werden, welches seine Wirkung auf die Behörden nicht verfehlt haben dürfte. Auch die Erhebungen, die wir im Berichtsjahr mit den Sachverständigen ausführen mußten, sind die denkbar ausführlichsten.

In der Mitgliederbewegung ist auch im sächsischen Gau ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Die Vermögensbestände der Zahlstellen weisen gleichfalls infolge der hohen Inflation

gen einen Rückgang auf. Die Beitragshöhe und geleistete Beitragssumme im Berichtsjahr ist als befriedigend zu buchen. In reiner Agitation wird aufgefördert, alle Nebenarbeiten, die nicht mit gewerkschaftlicher Arbeit zusammenhängen, müssen gegen diese zurückgestellt werden.

Filmvorführungen haben achtzig stattgefunden mit einer Besucherzahl von 16 000 Mitgliedern.

Der Jugendarbeit ist die größte Aufmerksamkeit zu schenken.

Zum Betriebsräteitag in Dresden waren 66 Kollegen unserer Organisation beseligt.

Analog der Beschlüsse des Gauvorstandes haben zwei Geschäftsführerkonferenzen stattgefunden und einmal hat der Gaubezirat, der nun nach dem Verbandsstatut als aufgelöst gilt, getagt.

Die in Sachsen gebildete Arbeiterinnenaufkommission hat zwölf Sitzungen abgehalten. Die Durchbildung von Funktionärinnen hat gute Fortschritte gemacht.

Zur Verbandsschule sind 45 Kollegen entsandt. In der ersten Hälfte des neuen Berichtsjahres 25 Kollegen.

Da die Unternehmer wissen, daß sich die Macht der Arbeiterkraft mit der Gewerkschaften gruppiert, wird gegen uns in allen Schattierungen die Presse mobilgemacht.

In der Diskussion wird ganz besonders durch den Kollegen Tempel, Freiberg, auf das Kapitel „Arbeitsbeschaffung für Sachsen“ Wert gelegt. Durch Einwirkung auf Reich, Land und Kommune, Beobachtung der Produktionsabläufe der Betriebe, soll versucht werden, dem Steigen der Arbeitslosenziffern Einhalt zu tun.

Der vom Kollegen Zander, Annaberg, und der Kollegin Heiman, Dresden, erstattete Bericht über den Verbandstag in München löste eine außerordentlich rege Diskussion aus. Die Beschlüsse in der Herabsetzung der Unterhaltungsabgabe fanden freilich, aber auch teils befürwortende Beachtung durch die Diskussionsredner. Einheitslich war die Meinung der Diskussionsredner über Zusammenlegung des Sitzes und Ablehnung der Beschlüsse des Delegationsrechts des Gaus zum Gewerkschaftskongreß. Eine Reihe Vorschläge ging dahin, die Heberungsbestimmungen der neu geregelten Unterhaltung zu erhöhen, daß Härten und Meinungen vernommen werden. Zwei diesbezügliche Entschlüsse fanden einstimmige Annahme durch die Konferenz.

Der vom Kollegen Erler, Dresden, erstattete Bericht vom Gewerkschaftskongreß gab der Konferenz ein Bild der gewaltigen Arbeit, die von den Gewerkschaften in der Berichtszeit geleistet wurde und in Zukunft noch zu leisten ist.

In der Diskussion interessierte vor allem das Schicksal der von unserer Organisation an den Gewerkschaftskongreß gestellten Anträge.

Abrechnung der Hauptkasse für das 2. Quartal 1931

Einnahmen:	
An Kassenbestand 1. Quartal 1931	RM 1 261 400,33
a) Hauptkassa	1 577 784,84
b) Zahlstellen	3 711 277,22
„ Beiträge	2 168,16
„ Girobeiträge	18 544,12
„ Ertragsbeiträge der Angestellten	159 152,67
„ Mehreinkünfte von den Zahlstellen	1,10
„ Einzelmitgliedern	527,28
„ Ertragsbeiträgen und Karten	2 875,04
„ Büchern und Broschüren	1 673,83
„ Zinsbedarf	231,91
„ Film	610,50
„ Zinsen	272 094,92
„ Zurückgezahlten Unterhaltungen	35 523,50
„ Zurückgezahlten Beiträgen	3 331,—
„ Verlusten d. Zahlstellen z. Sonderunterstützung	4 000,—
„ Sonstigen Einnahmen	1 194,84
„ Aus dem Vermögensbestand	12 938,50
„ Beiträgen zur Unterhaltungskasse	11 155,61
Summa:	5 816 050,98

Ausgaben:	
Ver Arbeitslosenunterstützung	8 778,50
a) an Reisende	1 273 471,75
b) an Arbeitslose	387 020,71
c) an Kranke	451 332,18
„ Invalidenunterstützung	15 616,75
„ Rechtschutz	9 115,55
„ Genesungsgeldunterstützung	7 019,30
„ Krankengeldunterstützung	2 070,50
„ Sterbunterstützung	90 310,11
„ Streikunterstützung	210 631,67
„ Anteile der Zahlstellen	1 257 368,51
„ Marken und Stempel	440,60
„ Porto, Postfisch, Postspesen	6 418,54
„ Vorstands- und Aufsichtsausgaben	540,—
„ Revisionen der Zahlstellen und Hauptkasse	1 620,65
„ Gehälter	99 000,06
„ Versicherungsbeiträge	50 819,56
„ Druck und Papier des „Proletarier“	43 857,42
„ Verleand des „Proletarier“	18 472,63
„ Betriebsräte und Frauenzeitungen	2 250,31
„ Diverse Druckfachen	12 835,—
„ Verbands- und Kadmaterial	395,31
„ Zeitschriften, Bücher, Broschüren, Honorar	8 517,68
„ Büromaschinen und Reparaturen	107,20
„ Buchbindarbeiten	19 195,25
„ Kraftwagen und Kraftwagenbedarf	11 024,96
„ Büromiete, Heizung, Licht, Reinigung	12 033,73
„ Büroeinrichtungen und Bürobeford.	3 723,26
„ Tarifverhandlungen	13 338,25
„ Zentrale und lokale Tarifinstanzen	435,70
„ Konferenzen	9 187,55
„ Agitation	2 125,17
„ Film	1 782,05
„ Gauderalationen	197 000,—
„ Keramischer Bund einschließlich Zeitung	120 000,—
„ Arbeiterwirtschaftsschulen, Kurse, Bildungs-fonds	267,80
„ Schule Wernitzsch	31 500,—
„ Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	28 893,—
„ Internationale Verpflichtungen	6 674,—
„ Verwaltung verschiedener Zahlstellen	13 701,94
„ Guthaben der Zahlstellen zurückgezahlt	279 002,19
„ Sonstige Ausgaben	557,00
„ Vermögensbestand	371 587,00
Kassenbestand 2. Quartal 1931	
a) Hauptkassa	RM 422 760,36
b) Zahlstellen	RM 413 262,10
Summa:	3 516 050,98

Hannover, den 18. September 1931.

Karl Thiemig, Vorsitzender.

Carl Köhler, 1. Kassierer, Otto Stawitzki, 2. Kassierer.

Carl Gremmel, Revisor, H. Löbermann, Revisor.

Dr. Friedrichs, Revisor.

Die Wahlen zum Verbandsbeirat ergaben die Wiederwahl der bisher amtierenden Kollegen. Als Ersatzmann wurde die Kollege Heimann an Stelle eines Ausgetretenen gewählt.

Als Tagungsort für die nächstjährige Zahlstellenleiterkonferenz wurde Waldheim bestimmt.

Richard Mager.

Gau 13, Gau-Konferenz

Am 13. September 1931 hatte die Gauleitung die Vertreter ihrer Zahlstellen nach Frankfurt (Main) berufen. Alle Zahlstellen waren vertreten. Den Geschäftsbericht gab der Kollege Brunz, indem er etwa folgendes ausführte:

Wir haben seit dem letzten Berichtsjahr bei einem Stand von 25 094 Mitgliedern im Jahre 1927 eine Nettoabnahme von 1847 Mitgliedern zu verzeichnen; das liegt nicht an einem Rückgang der Tätigkeit unserer Mitarbeiter, sondern an den Betriebsstilllegungen und an der Arbeitslosigkeit im allgemeinen. Der Markennutzen läßt erkennen, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen in die Höhe gegangen sind. Auch was die Einnahmen der Hauptkassa anbelangt, besteht bis zum Schluß des Berichtsjahres kein Anlaß, Andersverhältnis zu sich mit den Ausgaben. So sind die Ausgaben für Verbandszinsen, aber auch für die Invalidenunterstützung gewaltig gestiegen. Die Krise hat in den Zahlstellenverwaltungen erhebliche Mehrarbeit gebracht. Durch die Verhältnisse wurden die Lokalfassenbestände stark angegriffen, bei sechs Zahlstellen ganz aufgebraucht. Nicht vergessen sein werden, daß viele Frauen bei den Verwaltungsarbeiten ihre Männer in ungewohnter Weise beistehen.

Wenn auch teilweise ein Lohnabbau von fünf bis sieben Prozent eingetreten ist, so kann doch von einem Minderleiden der Gewerkschaften nicht gesprochen werden. Die Kommunisten haben keine Veranlassung, zu sagen, wir seien die Lohnräuber. Man muß sich die Zeit erst einmal vornehmen, wenn die Gewerkschaften nicht wären. Die Absicht der Unternehmer geht noch weiter. Man will die Tarife ganz beseitigen; man möchte bereit sein von den Tarifstellen und dann die Löhne festlegen, wie man sie braucht. Wir stehen in der Abwehr, man weiß noch nicht, was die Zukunft noch alles bringt. Niemals war der Zusammenbruch notwendiger, denn heute.

Kollege Müller machte noch einige Ergänzungen für die Keramische Industrie. Trotz der großen Schwierigkeiten seien wir auch dort vorwärts gekommen. In der Hiegelindustrie herrsche Anarchie. Der tariflose Zustand habe sich weitgehend auf die Löhne auszuwirken.

Aus der anschließenden Aussprache ging einmütig hervor, daß an der Tätigkeit der Gauleitung nichts zu bemängeln ist. Den Bericht vom Verbandstag gab der Kollege Wehr, Worms, in ausführlicher Weise. Er beschränkte sich auf die wichtigsten Beschlüsse.

Von dem Kollegen Brunz wurde noch erwähnt, daß der Vorstand und Beirat ermächtigt sind, falls die Finanzen nicht ausreichen, Maßnahmen zu treffen. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen: Schneider, Kassel, Vach, Offenbach, Traber, Mainz, aus der besonders hervorzuheben ist, daß die Verschmelzungsfrage lediglich eine Frage Berlin oder Hannover sei.

Als Vertrauensmitglieder wurden die Kollegen Stahl, Darmstadt, Traber, Mainz, und Schneider, Kassel, gewählt. Kollege Brunz dankte dem Kollegen Vach, der nicht wieder gewählt wurde, für seine Mitarbeit.

Es sprach dann der Kollege Müller vom Hauptvorstand über das Thema: „Der Kampf der Arbeiterschaft um die Erfindung“.

In der Diskussion wurden die gemachten Ausführungen unterstützt und Wünsche für manche Beschlüsse erhoben.

Die Stimmung, die unter der Arbeiterschaft zur Zeit vorhanden ist, kann eines Tages wie ein Vulkan wirken. Die Arbeiterschaft hat dann zu beweisen, daß sie in der Lage ist, in das Wirtschaftsgetriebe einzugreifen. Mögen die Dinge kommen, wie sie wollen, das Vertrauen, das uns zusammenhält, gibt uns neue Kraft. L. Müller.

Nachruf

Die Zahlstelle Dresden hat wieder den Verlust eines ihrer Kämpfer zu beklagen. Der Kollege August Dippel, beschäftigt in der Betonwarenindustrie und 23 Jahre gewerkschaftlich organisiert, fand seit Jahren in vorderer Linie, wenn es galt, die Interessen der Arbeiterschaft und der Organisation zu wahren. Zahlreich war er Branchenleiter seiner Gruppe und auch eine Zeitlang Mitglied der Ortsverwaltung.

Der Kollege Adolf Klimatschewsky, früher ebenfalls in der Betonwarenindustrie beschäftigt, zuletzt in einem Metallbetriebe, war 27 Jahre Mitglied unserer Organisation und mehr als zwanzig Jahre Hilfskassierer. Klimatschewsky war nicht nur ein außerordentlich treuer und zuverlässiger Hilfskassierer, sondern auch ein unermüdlicher Arbeiter in seiner Arbeit. Er hat es verstanden, in seinem Tätigkeitsgebiet die Agitation außerordentlich auf zu fördern, und wir verlieren in ihm einen recht guten Mitarbeiter, der immer das Beste für die Organisation und damit für die Arbeitervorgang gewollt hat.

Wir werden beide Kollegen stets im Andenken behalten und wünschen, daß die junge Generation mit denselben Mitarbeiter tätig sein möge für ihre Interessen und für unsere Organisation, wie es diese Kollegen getan haben.

Literarisches

So macht man Dollars! Upton Sinclair, einer der bestbezahlten Männer im Lande des Dollars, hat dem modernen Amerika schon oft einen schonungslosen Spiegel vor das Gesicht gehalten. Seine meisten Romane enthalten alles, was über Amerika zu sagen ist; aber noch nie ist ihm ein Roman so gezeichnet, wie das neueste Buch, das jetzt unter dem Titel „So macht man Dollars!“ im Malch-Verlag und in einer Nebenabgabe für die Mitglieder der Bücherbüchse Grenzbuch (vormals aus- und in Leipzig 3 Mark) erschienen ist. Es hat vor allem den Vorzug, daß es nicht wieder so ein dicker Wälzer ist. Das Buch ist sehr konzentriert geschrieben, fesselt und — etwas Neues bei Upton Sinclair — sehr kurz. Es ist die Geschichte eines jungen Amerikaners, der „ein Dollar macht“. Als kleiner Junge sieht er einmal einen kleinen, weichen, einen Maschinenfabrikanten in einem kleinen Ort halten, vornehme Damen und Herren umgeben aus und vertreiben sich die Zeit, und da tracht der Junge der Wunsch, auch so ein kleiner Herr zu werden, einen Gehalt zu tragen und eine so hübsche und sicher sehr teure Frau zu haben. Und er tut, was er kann, er schafft es, er tut nichts, ohne daran zu denken, was man Dollars macht. Es gelang ihm, in die Nähe des Reichtums zu kommen, und schließlich heiratet er ein millionenschweres Mädchen, das schenkt einen Mann, weicht weil es ein Kind bekommt und behält es nicht. Aber er ist noch nicht zufrieden. Geld will Geld machen, also spekuliert er, bemerkt er aus romantisch er andere. Im höchsten Augenblicke seines Erfolges verliert er seine Frau, weil er sie vernachlässigt hat. Er überwindet auch das und ist fertig nur noch der Mann, der Dollars macht, nun erst recht.

Dieser Roman ist keine schnelle Reportage, kein Tendenzbuch, er ist ein gut gestaltetes Kunstwerk, eines der besten Bücher von Upton Sinclair. Die Bücherbüchse hat wieder einen guten Griff getan.

Ausschlüsse

Ausgeschieden wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 das bisherige Mitglied der Zahlstelle Freudenstadt: Erwin Gail, Buch-Dr. S. H. 107 Stv.

Arbeitsmarkt

Erfähriger lediger Polierer für sofort gesucht. Freie Wohnung vorhanden. Angebote sind zu richten an Gerhard Hennemann, Gaisberg b. Dresden, Rabenauer Straße 5.

UNTERHALTUNG WISSEN

Die Glücksbude

Erzählung von Ernst Breckana.

Copyright 1930 by Börsenverlag Ostberg, Berlin.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Friedrich schlug auf sein Knie, daß es klatschte: „Dich, den Sohn der Frau Trude? Ihren Sohn, Frau Tattenbach? Er schloß in die Höhe und riefte an dem Gürtel, der unter dem Mantel lag. „Den hol' ich Ihnen! Der muß wimmern! Wimmern soll er hier zu Ihren Füßen. Staub schluden und Erde freffen!“

„Derr Friedrich!“ Frau Trude legte ihre Hand auf seinen Arm und sprach in sehr erstem Tone: „Ich verbitte es mir, daß Sie sich da hineinmischen! Hören Sie? Es ist nicht Ihre Amt, unsre Ehre zu schütten.“

Er wurde blutrot. „Ihr Mann ist eingesperkt, Frau Tattenbach.“

„Ein Grund mehr, daß Sie nichts tun, was Ihnen und mir nicht zur Ehre ausgelegt werden könnte. Die Jungen sind rauh, Derr Friedrich.“

„Weiß ich, daß ich schon öfter mal einem auf's Maul geschloß, der hinter Ihnen hergeheult hat. Also dann: davon nichts mehr. Aber es ist noch genug, was mich selber angeht. Ich gehöre auch zu dem hungrigen Volk, zu den fahrenden Lumpen. Und Ihre Mann muß besetzt werden.“

„Das geht nicht.“ Jeremi sprang auffallend eifrig hinzu. „Das Erbsenhaus ist verschlossen und hat Gitter vor den Fenstern. Meiner kommt hinein.“

„Na, kleines Viejel, der Ortsvorsteher wird wohl einen Schlüssel haben. Und den soll er herausgeben. Dafür fleh' ich an.“ Er holte aus der grundlosen Tiefe seines grauen Mantels eine Taschentuch. „Nicht durch. Ich hab' noch eine Vorstellung. Nur Jehu bin ich frei. Bringen Sie Ihren Wagen immer auf die Chaussee, Frau Tattenbach.“ Er reichte ihr die Hand und schüttelte sie heftig. „Sie gehn über die Grenze, nicht? Ich verbitte es auch. Also auf Wiedersehen!“

„Machen Sie keine Dummeheiten, Derr Friedrich.“

Er schlenkerte schon über den Platz. Wenn die Ripfel seines grauen Mantels aufflogen, blinkte das rosarote Triel herbor.

Frau Trude spürte ein bange Ahnung. Einen Augenblick überlegte sie. Hier spannen sich Dinge an, deren Ausgang niemand vorhersehen konnte. Auf alle Fälle war es gut, den Wagen in Sicherheit zu bringen.

„Wir fahren! Spann' den Schimmel ein, Jeremi!“

Sie sagte dem Lebtuchhändler Bescheid: falls ihr Mann sich einstellen sollte, würde er sie eben auf der Chaussee, an der Waldlichtung finden.

Dann entfernte sich der Wagen von den Buden.

Von den Buden, durch die der Bericht des langen Friedrich lief. Jernig wiederholte es einer dem anderen: „Fahrende Lumpen.“ — „Dunziges Volk.“ — „Diebsbagaße.“ Mit finsternen Mienen, in rauhem Tone, mit höhnlichem Lachen sprach man es nach. Widerwillig, kurz wurden die Munden bedient.

Jeremi führte den Wagen zur Lichtung, ganz von heißen Gedanken in Anspruch genommen. Es verdroß ihn, daß der „Onkel Friedrich“ sich einen Ruhm holen wollte, den er selber zu erobren gedacht hatte. Der Vater sollte von seinem andern, als seinem Sohn besetzt werden! Der Knabe schwankte, ob er seine Mutter ins Vertrauen ziehen sollte. Aber seine Empfindung sagte ihm, daß sie ihn nicht in ein Unternehmen gehen lassen werde, dessen Ausgang doch recht zweifelhaft war.

Es wurde dunkel. Den letzten rötlichen Himmelsstreifen verließ die Sonne die Dämmerung. Blauschwarz lag der östliche Himmel. Sterne stammten auf und wandten schmal, zitternde Lichtfäden durch das Laub der Bäume. Schweigend saßen Mutter und Sohn auf der Trielleiter des Wagens; sie in der bange, unglückseligen Ungewißheit; er in zitternder Erwartung der Stunde, die ihm die Frau von Jeremi meindieners angegeben. In seiner erhitzen Phantasie rollten sich von neuem die Ereignisse des Tages ab, vergrößert, verwickelt in dieser Stille und dem Dunkel des Waldes.

„Er hatte greuliche Augen, Mutter!“

„Wer?“

„Der Ortsvorsteher. Wie ein Panther.“

„Denk nicht mehr daran!“

„Ich seh' sie aber immerzu.“

Sie erhob sich: „Es muß eine Quelle hier in der Nähe sein. Du füllst die Wassertonne füllen.“

Aus einer Hügelwand, die die Lichtung begrenzte, plätscherte leise ein dünner Strahl. Jeremi füllte die Eimer und reichte sie seiner Mutter. Sie entleerte sie in die Wassertonne, die der Wagen ständig mit sich führte.

Die kleine Wandauf hat einen hellen klingenden Schlag. „Sie spüt in es, Mutter?“

„Geh' zeh!“

„Ich gehe einmal ins Dorf himmier.“

„Was?“

„Nachhaken, wie es dort ist.“

„Du bleibst.“

„Mutter!“ Er jagte es bitend.

Sie antwortete nicht; bereinigte die Betten im Innern des Wagens, wie sie es allabendlich tat. Dann trat sie hinaus: „Jeremi!“ — Keine Antwort.

Jeremi!

Nichts rührte sich in der Ruhe. Auf der Straße saßen ein paar Hirtenscheiter, wild durcheinander grüelnd, nach Hause. Vom Dorf hingen abgerissene Fäden einer Tanzmusik herauf, ein Zeug inaktes, eine Melodie hing ewer. Dann glaudte sie das untere Ende eines Mädchens und heimliches Liebesgeständnis zu vernahmen. Wieder wurde es still, ganz still. Sie sah auf der Trielleiter und schaute hinaus: „Jeremi!“ Er weidete sich nicht.

Er ging, wohl wissend, daß ihm Zeit genug zur Besinnung hand, langsam und verständig die Straße zum Dorf. Er arteten in großem Regen anwachsend, die ihm lachend, spüelnd oder füngend entgegenkamen. Er hätte die Budenstraße dort vermeiden, aber es war gefährlich, hinter den Dämmern nachzusehen; sie waren von Buden bewacht, die den „Onkel“ schreit laut Höffend meldeten. Auch konnte er die Wege nicht genau genug, um hoffen zu dürfen, in dem Dunkel rechtzeitig und sicher ans Ziel zu kommen. In dem „Onkel“ hatten Gedichte des Marlies achtere laam ein Mensch auf ihm. Sie weisen ein Paar von Bekannten: „Kleines Viejel, fleh' wohl den Vater!“ Aber er hörte nicht darauf, ging ruhig weiter. Und die Aufsehen selber wurden gleich, aber angeleitet von ihren Kindern, die sie zu bedienen boten, oder von der gezeigten Antwort eines Nachbars: „Juchhausfrüchtchen. Gehort zu uns, zur Lumpenbagaße.“ Und sonstige Klische Hören herüber und hinüber und blickten auf den Dorfbesuchern laffen, die nie so unerschrocken von den Kartellisten behandelt werden waren wie an diesem Abend.

Das Echo blieb nicht aus. Die Frauen murzten unter sich und lachten es den Männern. Die jungen männliche Mienen aber waren trübende Klische in die Buden. Die Streifbahne hatten den Hut noch schief auf dem Ohr als am Freitag; sie freigen mit Köhnen, heraufstrebenden Klischen umher und

waren zur Stelle, wo sich irgendein heftigerer Wortwechsel hören ließ. Diesen und jenen hatte der Alkohol zwar vor der Zeit geknickt, aber er hatte reichlichen Ersatz dafür auf die Weine gebracht: alle jene, die in nüchternem Zustande frieblich ihres Weges gehen, aber nach einigen Maß Bier mit den Fäusten auf den Tisch hämmern, eine zügellose Stampfeslust unter dem Hut und ein abgebrochenes Stuhlbein sofort zur Hand haben.

Ein eigenartiger, erwartungsvoller Ton lag in allem, was gesprochen wurde. Auf beiden Seiten. Eine unterdrückte Erregung, die durch gelegentlich hingeworfene Broden noch geteilt wurde, eine gereizte Stimmung garte in allen. Der Wahn ging um und misßsam verhaltene Mut.

Aber das schrille Geleier der Marschellorgel löste noch unaufhörlich durchs Dorf. Die Musiker der Schaubuden luden mit heiseren Stimmen immer wieder zur allerersten Vorstellung ein. Auch der Wirt tanzte und brummte noch. Das Kaspertheater war von einer dichten Menge, meistens erwachsener, umlagert. Der Hanswurst machte gefährliche Späße. Unter anderem kloppte er eine Puppe mit den Worten: „Nacht einen Apfel gestohlen, du Juchhausfrüchtchen! Dein Leben muß hin! Schwapp, siehste, das haire davon! 'n andermal fleh' Wohnen!“ Das wurde noch bejwett. Dann aber fragte den Hanswurst eine Puppe: „Wer biste denn eigentlich, daß du so dämlich dahereiden kannst?“ — „Ich bin der Gemeindevorsteher von Grewesberg! Du aber bist fahrende Lumpenbagaße und gehöbst ins Spritzenhaus!“ Hier mischte sich Murren in den Beifall, und das Lachen klang dünn. Man sah sich unsicher an: war das nun Wahn? Und wenn galt er? Der Fiskus war vom langen Friedrich revolutioniert worden. Der Clown bot seinen ganzen Witz auf, um die Wache der

fahrenden Leute zu einer möglichst vollständigen und treffenden zu machen. Jeremi, der für einen Augenblick eingetreten war, um zu sehen, ob der Aktuel noch amvenden sei, hörte den Clowen mit einem Gault reden, der ihn eben abgeworfen. „Warum darf ich denn nicht oben bleiben?“ fragte der „August!“ in weinerlichem Tone. Und zum Publikum in nachdenklicher Haltung: „Warum? Warum? — Galt, ich hab' es!“ — „Warum denn?“ fragte eine Stimme von der Galerie. „Ich kann nicht sitzen auf'm Pferd, weil ich kein Anfänger bin! Hohohoh! Hohohoh!“ Die ersten Reihen des Publikums blieben stumm. Die Galerie applaudierte. Der Clown befaht dem Pferde ein Kunststück. Es rührte sich nicht. Er markierte den Hornigen: „Was? Freffen willst, arbeiten willst nicht, Lumpenbagaße, esendiges! Hast du geit, hast du geerntet, trägst du Frucht? De?“ Sein Witz ging suchend auf die Erde; seine Haltung wurde demütig. Er nahm die Klappe vor dem Pferde ab: „Verzeihung, Herr Geizhauer! Ja, da ist ein Apfel, der aus Eurem Garten stammt.“ Er deutete auf die Erde. „Aber ich nehm' ihn nicht! Mein, ich nehm' ihn nicht! Das ist nur ein Futter für Anfänger.“ Die Knische und Mäße auf der Galerie juchzten vor Vergnügen und Schandenreue. Daß es den „Serren“ mal heimgezahlt wurde, war ihnen gerade recht. Diese selbst zogen düstere Gesichter; einige hallten die Hände. Ein Bauer in der ersten Reihe erhob sich: „Wenn de nich das Maul hältst, dann stopfen wir's dir! Hund, infamiger!“ Der Clown begann zu pfeifen, wie man einem Hunde pfeift: „Maro, Maro, wo biste? Ist denn 'n Hund hier?“ Er trat mit abgewogener Klappe an die Barriere: „Entschuldigen Sie, mein Herr, aber der Hund ist nicht hier. Er muß dort sein!“ Er wies direkt auf den Bauern. Die Galerie trampelte ein stürmisches Bravo. (Fortsetzung folgt.)

Herbstkälte sind Warnungssignale!

Die kalte herbstlich-nasse Witterung hat wieder recht frühzeitig alle Leiden und Beschwerden gebracht, die wieder unter dem Sammelnamen „Herbstkrankheiten“ die Menschen erkranken und beunruhigen. Man stellt heute diesen teils leichten, teils schwereren Erkrankungen mit größter Aufmerksamkeit gegenüber, da man festgestellt hat, daß sie häufig nur Symptome von schweren zum Teil durchaus nicht harmlosen verborgenen Leiden sind. Diese Krankheiten äußern sich durch Erkältungsreize angeregt an irgend einem Organ des Körpers und dürfen darum, wie man jetzt weiß, durchaus nicht gleichgültig behandelt werden, bevor der Arzt nicht festgestellt hat, ob es sich nur um lokale Erscheinungen harmloser Art, oder um tiefere liegende Ursachen handelt. Eine der häufigsten Herbstkrankheiten, die meist die alten Leute, aber auch sehr viele junge Menschen befallt, ist das sogenannte „Reißen“, wie der *Rheumatismus* vollständig genannt wird. Dieses aufsteigend ganz einfache Reißen ist eine sehr komplizierte Krankheitserscheinung, deren Ursachen durchaus noch nicht festgestellt. Vielfach hat man erkannt, daß Kräfte und veresterte Mandeln durch Fernwirkung das Reißen verursachen, denn aus den Mandeln werden Streptokokken ausgeschieden, die entzündliche Prozesse meist an den Gelenken hervorrufen. In diesen Fällen ist das „Reißen“ ein Signal der Warnung. Da frange Mandeln auch andere schwere Leiden hervorrufen, wie Nierenentzündungen, Blinddarmentzündungen, Herzkrankheiten usw., so tut man gut daran, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Wenn das „Reißen“ von den kranken Mandeln herkommt, dann ist es meist verhältnismäßig, sowie die Mandeln besichtigt werden sind. Man heilt damit nicht nur die Beschwerden und Schmerzen an den kranken Gelenken, sondern verhilft auch den Einbruch gefährlicher und unter Umständen tödlicher Erkrankungen. Wenn das „Reißen“ aber nur eine Erkältungsercheinung ist, dann behandelt man es mit viel Ruhe, um die Entzündungen auf diese Weise zu beseitigen.

Ebenso wie mit dem „Reißen“ verhält es sich mit dem sogenannten Bronchitis, die gleichfalls als Massenkrankheit bei dem jetzigen schlechten Wetter auftritt. Prof. Wichmann hat festgestellt, daß sie die ganze Aufmerksamkeit des Arztes erfordert, wenn auch der Patient im allgemeinen dieser Erkrankung keine besondere Bedeutung beimißt. Häufig ist die Bronchitis tatsächlich nur eine lokale Erkrankung, aber wenn sie chronisch ist, dann ist sie nicht nur sehr gefährlich und schädigt die Luftröhren und Lungengefäße, sondern sie ist auch oft genug wiederum nur ein Symptom für eine viel schwerere Erkrankung. Wie Prof. Wichmann mitteilt, kann ein Herz-

fehler, eine Lungenverengung oder eine Nierenentzündung die Ursache einer Bronchitis sein, und der Atarich ist häufig nur die Begleiterscheinung einer anderen Erkrankung oder der Ausdruck eines konstitutionellen Moments. Man erkennt daraus, daß man diese Herbstkrankheiten nicht leichtfertig behandeln darf, zumal man nicht weiß, ob nicht die nachfolgende Witterung nur der äußere Anlaß dazu war, um das Symptom einer schwereren Erkrankung zum Vorschein zu bringen. Prof. Wichmann fordert darum mit Recht die Ärzte auf, bei einer schweren Bronchitis nicht nur die Atmungsgorgane, sondern den ganzen Körper zu untersuchen, um festzustellen, ob es sich um eine lokale Erkrankung oder um eine Folgeerscheinung anderer organischer Leiden handelt. Diese Feststellung kann natürlich nur der Arzt machen. Auch die Bronchitis ist also auch, wie man sieht, häufig nur ein Warnungssignal.

Mit der Bronchitis hängen eng zusammen leichte Hals- schmerzen und Husten, die auch die Begleiterscheinungen der Bronchitis sind. In vielen Fällen aber ist besonders der Hals schmerz von großer Bedeutung für den Gesundheitszustand, besonders, wenn er von geschwollenen Mandeln herührt. Während häufig veresterte Mandeln sich durch keinerlei lokale Schmerzen bemerkbar machen, und sich nur, wie oben bemerkt, durch Fernwirkung an Knochen, Nieren, Herz usw. äußern, liegt hier der günstige Fall vor, daß die Beschwerden den Patient schon auf einen anormalen Zustand der Mandeln hinweisen. Er wird, wie es im allgemeinen üblich ist, am Tage gargeln und in der Nacht einen Prignyl-Umschlag machen und dadurch in kürzerer oder längerer Zeit Erleichterung der Beschwerden erhalten. Trotzdem ist dieses Verfahren falsch. Auch wenn die Beschwerden vollkommen durch die Behandlung verschwinden, ist es falsch, denn der Erfolg zeigt durchaus nicht, daß die Maßnahmen richtig waren. Man muß in diesen Fällen den Arzt fragen, ob die Mandeln behandelt werden müssen, da auch diese Hals schmerzen Signale sind, die vor größeren und schwereren Erkrankungen warnen. Wenn die Schmerzen durch die obengenannte Behandlung verschwinden, dann heißt das nur, daß man den Entzündungsprozess, der durch die Vereiterung hervorgerufen wird, mit wirksamen Mitteln beseitigt hat. Die den Körper vergiftende Ursache dieses Entzündungsprozesses ist aber noch vorhanden und wirkt schädlich weiter. Man hat also gewissermaßen nur den Warurus zum Schweigen gebracht, aber nicht die Krankheit. Man hat also das Schwere getan, was man tun konnte, anstatt froh zu sein, daß die kranken Organe sich selbst gemeldet haben, um geheilt oder ausgehoben zu werden.

Kommt eine Reform der Rechtschreibung?

Seit Jahren bemühen sich die verschiedensten Kreise aus allen Gesellschaftsklassen, auch in der Rechtschreibung dem Fortschritt die Wege zu ebnen. Gelehrte sowohl wie Lehrer beschäftigen sich zur Zeit mit diesen Problemen. Auch in der Arbeiterbewegung beginnt man einzusehen, daß auf diesem Gebiete durchgreifende Reformen notwendig sind. Die Buchdrucker, die sich von Berufs wegen täglich mit den Schwierigkeiten der heute geltenden amtlichen Rechtschreibung plagen müssen, haben in Erfurt Ende August auf dem Siebenten Vertretertag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker diesen Fragen wieder besondere Beachtung zuteil werden lassen. Eine Entschlieung, die zehn Punkte als „Erfurter Rechtschreibungsreform-Programm“ enthält, wurde einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Die amtliche deutsche Rechtschreibung mit ihren verzwickten und verwickelten Regeln, den vielen Ausnahmen von diesen Regeln und den unbegreiflichen Widersprüchen in der Schreibweise, macht es selbst den Sprachgelehrten und Lehrern, viel mehr aber den im praktischen Berufsleben stehenden deutschen Volksgenossen unmöglich, sie zu beherrschen. Insbesondere gilt dies für die in der Volksschule und im Berufsleben stehenden, die auch sprachwissenschaftlich unbehilflich sind. Diese Rechtschreibung muß nicht mehr in unsere Zeit, deren hochentwickelte Technik veränderte Normenansprüche es dringend erfordert, ein solches Hindernis für die Sprache wie die Rechtschreibung wesentlich zu vereinfachen. Bei dem heutigen Stand des Buchdruckerwesens bringt die geltende Rechtschreibung viele Schwierigkeiten in der Produktion mit sich. Durch Vereinfachung der Rechtschreibung wird im Schulunterricht auch die Zeit für andere Arbeitsgebiete frei.

Dies soll zu verwirklichende Mindestreform ist zu ver-

1. Kleinschreibung mit Ausnahme von Satzanfängen, geographischen und Eigennamen.
2. Beseitigung aller Doppelverbindungen.
3. Bedeutende Vereinfachung der Zusammenschreibungen zu Gunsten der Getrennschreibung; keine Unterscheidung von punktierten und übertragener Bedeutung durch die Schreibweise.
4. Beseitigung der griechisch-lateinischen Sonderanschreibung; *ph* wird *f*; *th* wird *t*; *rh* wird *r*; *ph* wird *f*; *wh* wird *w*; *sch* wird *s* (jünger, mitte); *ch* mit *h*-laut wird *h* (kälter, trüß, tronk). Die gleich klingende Lautverbindung *ch*, *ts* und *z* ist in der Schreibung mehr zu vereinfachen (z darf nur in Fremdwörtern und Namen verwendet werden).

5. Lehnwörter aus dem Französischen werden der deutschen Schreibung angepaßt: schöffler, schöff, redaktor, freier; ebenso häufig gebrauchte Lehnwörter aus andern Sprachen: kraulen (englisch crawlten), faszismus (italienisch fascismo), ichi (norwegisch: isti) usw.
 6. Beseitigung aller Vokalverdoppelungen, wo keine Mißverständnisse zu befürchten sind.
 7. Vereinfachung des Dehnungs-*h* auf die unbedingt notwendigen, vor Verwechslungen schützenden Fälle (z. B. in -ih).
 8. Vereinfachung der Apostrophregel (ich bleib; heilige; wenns möglich; rein, raus).
 9. Durchführung der Trennung nach Sprechsilben: wa-rum, da-rum, mo-narchie, pä-da-gog.
 10. Ausgleiche bestehender Rechtschreibformen: z. B. über-jähung — überjähnglich (nicht: überjähnglich), abimenzler — temperenzler (nicht: temverzänzler), achse axial. Besondere Buchstaben (z. B. für ng, ich) und Akzente für die deutsche Schrift sind abzulehnen.
- Betrachtet man diese zehn Punkte eingehend, so kommt man zu der Überzeugung, daß hier Vorschläge gemacht werden, die bei einzigem guten Willen leicht durchzuführen wären, und die allen Menschen, die irgendwie mit Schreibe zu tun haben, wesentliche Erleichterungen bringen könnten. Vielleicht ist einzuwenden, daß die jetzige wirklichlich schwere Zeit für eine „artige Reform ungeeignet sei. Wer aber weiß, welche langer Vorbereitungszeit derartige Reformen bedürfen, der wird diesen Vorschlägen trotz der Zeiten Not inwahrlich gegenüberstehen, weil er gleich den Vorkämpfern für eine vernünftige Rechtschreibreform zu der Auffassung kommen dürfte, daß hier wertvolle Vorarbeit geleistet wird für eine bessere Zeit, da sich die Reform der Rechtschreibung ohne Schwierigkeiten durchführen läßt. Die geplante Reform von 1920 scheiterte gerade daran, daß nicht genügend Vorarbeit geleistet worden war.

A. G.

Beitrag

Kleine Anzeigen aus der Grazer „Tagespost“:
Netter Herr
wird aufs Bett genommen. Nachbauerstr. 15, Diep
Kettberr
gejucht. — Paradiesgasse 3, 2. Etage, 3. St. rechts.
Reiner Bettblag
bei alleinstehender Frau, Leonhardstr. 33, 1. Etod, Tür 1.
Aus dem „Mf“.